

Politischer Islam, Terror und asymmetrische Weltordnung, aufgeklärter Pazifismus

- I. Politischer Islam, nahöstliche Krisengesellschaften
- II. Terroranschläge und die asymmetrische Weltordnung
- III. Bündnisgrüner ‚aufgeklärter‘ Pazifismus?
Literatur
- IV. Anhang: (1) Das ‚Islam-Kapital‘; (2) Die ‚neue Welt(un)ordnung‘; (3) Der Drei-Ebenen-Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern; ((4) Näheres siehe Extrateil S. 1); Nachtrag zu I.

Gut fünf Monate nach dem 11. September hat sich das deutsche Feuilleton langsam wieder beruhigt und läuft anderen Ereignissen nach – alles hat im Kultur- und tagespolitischen Betrieb immer seine Erregungszeit. Unter dem (Konkurrenz-)Druck des Gleich-reagieren-müssens¹ umgingen PublizistInnen bzw. FeuilletonistInnen zumeist die Frage und vor allem die Beantwortung derselben, wie es dazu gekommen ist, „dass die USA von der in der Freiheitsstatue repräsentierten Hoffnungen zum Albtraum und zur Furcht großer Teile der Welt geworden sind – nicht nur bei fanatischen Islamisten“ (Krippendorf). Das mussten dann schon US-amerikanische Außenseiter wie Noam Chomsky (der nicht müde wird, neue finstere Seiten des US-amerikanischen Schwarzbuches aufzudecken) und Susan Sontag besorgen oder Stimmen aus der sogenannten III. Welt wie z.B. Arundhati Roy. Letztere (S. 11) hatte sogar die Stirn, die USA an die Auslieferung von Warren Anderson zu erinnern (analog der Forderung der US-Regierung an die

Taliban, Bin Laden auszuliefern): „Der Mann war als Chef von Union Carbide verantwortlich für die Katastrophe von Bhopal, bei der 1984 sechzehntausend Menschen umkamen. Wir haben die nötigen Beweise zusammengetragen, alle Dokumente liegen vor. Also gebt ihn uns bitte!“

Den wenigen hiesigen Kritikern der US-amerikanischen „Konflikt- und Eskalationspolitik“ (Massarrat)² wurden zumeist reflexartig ‚Antiamerikanismus‘ und deutsche (bzw. EU-) ‚Sonderweg‘-sambitionen unterstellt.³ Und das sogar von denjenigen, die noch kurz vor dem 11. September, bezogen auf die arrogante Erklärung der Bush-Administration, im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft den Kyoto-Vertrag nicht zu ratifizieren, von einer ‚Kriegserklärung‘ der USA an den Rest der Welt gesprochen hatten. Es ging und geht dem publizistischen Mainstream in Schulterschluss mit der deutschen Regierung vordringlich um die Verteidigung der „westlichen Wertegemeinschaft“, um „unser gutes Recht“, „unsere Art zu leben“ zu verteidigen, wie es Bundeskanzler Schröder ausdrückt; und das sei an der Seite der Weltordnungsmacht USA am ehesten gewährleistet, zumal die US-Regierung ja immerhin ihre engsten Verbündeten und (angedienten)

¹ Ekkehart Krippendorf schreibt am 21. September: „Es gibt ein Recht, ja vielleicht sogar eine Pflicht zum Schweigen, wo die Gedanken erst noch gedacht, die Worte erst noch gefunden werden müssen – sich zu widersetzen dem Druck der Medien, nicht nur zu berichten, sondern auch sofort wortreich zu erklären, spontane Meinungen zu haben, eindeutig zu urteilen. Aber wem ‚der Anblick unnennbaren Grauens nicht die Zunge gelähmt, sonder flott gemacht hat‘, so Karl Kraus über den Journalismus und die Intellektuellen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der verdient, wie die Politiker, die alles sofort mit ihren handelsüblichen Klischees bedienen, unsere Verachtung ...“

² Konflikt- und Eskalationspolitik mit für die USA „kalkulierbarem Risiko“ (Massarrat) beziehe ich hier auf den Nahen und Mittleren Osten. Stichwörter: Die Rolle der USA in den beiden Golfkriegen, im Konflikt Israelis – Palästinenser und bezogen auf die Sicherung der Ölressourcen.

³ Zur fundierten Kritik am Antiamerikanismus-Vorwurf siehe Baier und Walther a.

„Mit“-Streiter konsultiere. Von einem selbstbewussten Auftreten der NATO- bzw. der UE-Partner gegenüber der Ordnungsmacht USA kann allerdings bislang nicht gesprochen werden. Erst neuerlich (am 11. Februar 2002) titelt die Frankfurter Rundschau: „EU macht Front gegen Bushs politischem Kurs – Fischer: Nicht die Art, wie Europa Politik anlegt“. Der französische Ministerkollege Hubert Védrine, der als Erster aus der EU-Außenministerrunde den USA eine „einfältige“ Sicht der Welt vorgeworfen hat, bedauerte laut FR, „dass wir jetzt laut werden müssen, um gehört zu werden“. Prompt ruft US-Außenminister Powell ein paar Tage später die Verbündeten zu ‚Respekt‘ vor den USA auf (FR, 14.2.2002).

Nachfolgend skizziere ich unter I. thesenhaft die Krise der arabischen Gesellschaften und parallel dazu die Genese des politischen Islam – beides als Voraussetzung für ein Verständnis des Kontextes der Anschläge. Unter II. kennzeichne ich zuerst den bekenntnislosen Terror und versuche dann zu verdeutlichen, wiederum thesenförmig, dass die Anschläge auf die ‚Zentren des Westens‘ in New York und Washington nicht unabhängig von der, von den USA proklamierten, ‚Neuen Weltordnung‘ betrachtet werden können. Abschließend setze ich mich unter III. kritisch mit dem auseinander, was die Bündnisgrünen neuerlich „politischen Pazifismus“ nennen, besser aber unter dem Label ‚Belli-Pazifismus‘ abzuhandeln wäre.

I.

Der ‚Islamismus‘ bzw. der politische Islam, alles andere als eine homogene politische Bewegung und keineswegs nur mit dem Prädikat rechts zu belegen, entwickelte sich als Massenbewegung im Verlauf zweier sozioökonomischer und politischer Krisen. Den regierenden autoritären Regimen, auch den zumeist reichen erdölexportierenden, war es im Verlauf der 60er und 70er Jahre nicht gelungen, politische Reformen im Sinne nachhaltiger Entwicklungsstrategien einzuleiten, die ihren Ländern eine Zukunftsperspektive hätte eröffnen können – und zwar relativ unabhängig von der Dominanz der kapitalistische Zentren. Die der Globalisierung zugrundeliegende Internationalisierung des Kapitals bzw. die vom Westen unter der Domi-

nanz der USA in den 80er und 90er Jahren forcierte neoliberale Deregulierung und Globalisierungspolitik verstärkte die Abhängigkeit der islamisch-orientalischen Staatenwelt noch.

Jene großen Bevölkerungsgruppen, deren soziale und ökonomische Interessen in den 50er und 60er Jahren gewissermaßen noch beim Staat aufgehoben waren bzw. von diesem berücksichtigt wurden, drohten in den 80er Jahren zunehmend zu Verlierern dieser Entwicklung zu werden: Kleinbauern, Eigner von Klein- und Mittelbetrieben, Händler, einfache Staats-Angestellte. Ein politisches Terrain, das alsbald von diversen gesellschaftlichen Akteuren besetzt wurde. Als größte, zugkräftigste Gruppe formierte sich die islami(s)tische Bewegung, oder besser: Bewegungen.⁴ Die einzig all diesen Gruppen und Parteien von rechts bis links-liberal gemeinsame programmatische Forderung ist die Einführung der Scharia, die „nicht nur in dem engen Sinne der Durchsetzung einer alten islamischen Rechtssprechung zu verstehen ist, sondern auch im allgemeineren Sinne der Verwirklichung eines Rechtsstaates“ (Alnasseri: 561).⁵ Dieser braucht aber sein eigenes ‚islamisches Subjekt‘: „der gesellschaftspolitisch handelnde ‚Gläubige‘“ (ebd.). Zu streiten und zu kämpfen hat dieser politische Akteur für einen ‚gerechten Kapitalismus‘, wo jeder seinen

⁴ Die ungleichzeitigen Entwicklungsprozesse und unterschiedlichen Machtverhältnisse in den einzelnen Ländern und Regionen führen natürlich zur Herausbildung der unterschiedlichsten politisch-islamischen Gruppierungen. – Neben den vielfältigen islami(s)tischen Gruppierungen treten seit den 80er und 90er Jahren zunehmend neue politische Akteure in Erscheinung wie beispielsweise die Frauenbewegung (vgl. in IV. 4 den Abschnitt B 5), Menschenrechts- und oppositionelle Gewerkschaftsgruppen. Der Sammelband Später, Jörg (Hg.) 1994: ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im ‚Nahen Osten‘. Freiburg, herausgegeben vom iz3w gibt einen ersten Überblick zur Vielfalt dieser Bewegungen.

⁵ Das Konzept der ‚islamischen Gesellschaft‘ muss nach Alnasseri einerseits als ‚Gegenpol‘ zum westlichen Liberalismus verstanden werden, knüpft dabei aber andererseits gleichzeitig an liberale Paradigmen an, die in einer islamischen Form auftauchen, z.B. Umma statt Zivilgesellschaft, islamische Subjekte statt bürgerliche Subjekte, Scharia statt bürgerliches Recht. Der darin festzustellende Überhang an normativ-idealistischer Ideologisierung wird von Alnasseri mit dem Mangel eigenständiger ökonomischer und politischer Entwicklung in islamisch geprägten Gesellschaften erklärt.

Platz, seine Chance hat – einerseits die Gewähr der Sicherheit, das „warme Haus“ (Somekh), jenes also, was der westliche Materialismus und Individualismus nicht zu bieten habe, andererseits die Praxis der freien Konkurrenz abgesetzt von der einheimischen Staatsökonomie und dem Monopolkapitalismus (siehe IV.: Al-nasseris Abschnitt über das nichtmonopolistische ‚Islam-Kapital‘).

Die islami(s)tischen Gruppen verstehen es bis heute, die Alltagsprobleme der breiten Massen programmatisch und operativ aufzugreifen und umzusetzen. Sie sind vor Ort in den Wohnquartieren, verbessern dort die gesamte Infrastruktur im Schatten von privaten Moscheen und helfen Bedürftigen.⁶ Reiche Petrodollar-spenden aus den Emiraten und aus Saudi-Arabien schaffen die nötigen Voraussetzungen. Diese Politik vor Ort kommt bei den breiten Massen gut an, inzwischen auch bei der Arbeiterschaft. Entgegen der vorherrschenden Wahrnehmung im Westen ist für die breiten Massen nicht so sehr die (immer latent mitschwingende) religiöse Botschaft das Entscheidende bzw. das, was sie vornehmlich anspricht, als vielmehr das politisch-soziale Programm der Islami(s)ten.

Ein Großteil der Intellektuellen lässt sich von der islami(s)tischen Ideologie schon eher beeindrucken, nicht zuletzt weil ihnen diese als Alternative zum westlichen Modell der Moderne, zur kulturellen Hegemonie des Westens erscheint. Hinzu kommt für die Eliten die Schmach, seit Anfang der 90er Jahre die verstärkte militärische US-Präsenz in der Golf-Region und die permanente Parteinahme der USA für die Israelis zu Ungunsten der Palästinenser hinnehmen zu müssen.⁷ Außerdem stärkt der welt dominante Westen die autoritären etatistischen Regime im eigenen Haus bzw. macht sie sich gefügig. Es darf aber auch nicht unterschlagen werden, dass die US-amerikanische und israelische Politik, wenn es den eigenen Interessen dienlich war und ist, durchaus islamistische Gruppierungen unterstützt hat

– schließlich predigen diese keinen Antikapitalismus.⁸ Zur eigenen Bestandssicherung waren und sind die autoritären Regime nicht nur Erfüllungsgehilfen westlicher Politik – Ausnahmen sind zeitweise der Irak, Libyen und der Iran –, sie haben darüber hinaus politisch-islamischen Gruppierungen durchaus Konzessionen gemacht. Umgekehrt hat so manche islami(s)tische Gruppe dem Nationalen ihre Referenz erwiesen – was in Widerspruch zur übernationalen Gemeinschaft der Gläubigen gerät –, wenn es ihr zur Stärkung der eigenen Position im Nationalstaat opportun erschien. Um noch einmal auf die Bevölkerungsmassen in den arabischen Ländern, aber auch z.B. Pakistans zurückzukommen: Ihre Haltung zum Westen, besonders zur USA kann als Schwanken zwischen Hass, Neid und Bewunderung umschrieben werden (vgl. Farzanefar). Viele würden von der Möglichkeit in das EU-Europa oder in die USA auszuwandern nur zu gerne Gebrauch machen, wenn sie denn die Chance dazu bekämen.

⁸ Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang auch (siehe oben), dass ein Teil der autoritären Regime als Sponsoren der islami(s)tischen Bewegungen aufgetreten ist und nach wie vor auftritt. – Zur US-amerikanischen und israelischen Zusammenarbeit mit radikal islami(s)tischen Gruppen schreibt Rouleau (a): „Solange die Muslimbrüder in den besetzten Gebieten vor allem gegen Jassir Arafats PLO antraten, in der sie eine aus Nationalisten und Marxisten zusammengewürfelte Bande von Verrätern an der islamischen Sache sahen, erhielten sie diskrete Unterstützung von der jeweiligen israelischen Regierung. Wie kurzfristig diese Politik war, musste die israelische Führung dann aber ab 1987 einsehen, als die Bruderschaft mit Beginn der ersten Intifada die Hamas ins Leben rief.“ Auch die USA reagierten ähnlich. „Lange Zeit sah man ... die Islamisten als natürliche Bündnispartner: Sie waren unversöhnliche Feinde der ‚kommunistischen Atheisten‘ und Verfechter der Marktwirtschaft, womit sie sich aus amerikanischer Sicht ihren Platz in der ‚freien Welt‘ verdient hatten. Also behandelte man sie nachsichtig und machte sie zu Bundesgenossen.“ Ein makabres Beispiel: Als Ägypten sich weigerte, Scheich Omar Abdel Rahman aufzunehmen, der in die Ermordung von Sadat verstrickt war, wurde ihm 1991 in den USA politisches Asyl gewährt. „Zwei Jahre später organisierte der blinde Scheich den ersten Anschlag auf das World Trade Center in New York“ – Siehe auch Abramovici und Baraki.

⁶ Wie geschickt islami(s)tische Gruppen in den Wohnquartieren der unteren Mittel- und Unterschicht in der Türkei agieren, habe ich über Jahre vor Ort in Ankara beobachten können.

⁷ Vielfach beschränkt sich letztere Klage allerdings auf eine rein rhetorische, nicht nur seitens der Regierungen diverser arabischer Länder.

Der politische Islam kann nicht unmittelbar mit dem Denken und vor allem Handeln der 11. September-Attentäter plus Hintermänner in Verbindung gebracht werden – der Islam als solcher, als religiöses und kulturelles System schon gar nicht. Zwar gibt es in muslimischen Ländern Randgruppen wortradikaler religiöser Eiferer,⁹ die Gewaltanwendung keineswegs ausschließen bzw. offen propagieren, auf die sich wiederum einige Splittergruppen beziehen, deren Strategie darauf abzielt, die gesamte ‚muslimische Welt‘ in einen ‚allumfassenden Krieg gegen den ‚Westen‘ hineinzuziehen und zum Sieg zu führen“ (El Alaqui). Die für Kamikaze-Anschläge verantwortlichen Kleingruppen (untereinander teilweise vernetzt (?)) wissen aber, dass eine solche Konfrontation nur dann zustande kommt, wenn es ihnen gelingt, „bei einem Großteil der Muslime den gleichen Zorn [und Hass] und die gleiche Entschlossenheit zu wecken, die bereits die ... Mitglieder der eigenen Bewegung motivieren“ (ebd.). Das ist jedoch nahezu ausgeschlossen. Denn, so sehr die ‚islamische Welt‘, vor allem die sogenannte Straße, von vornherein solidarisch zu ihren Glaubensbrüdern steht und so Manches öffentlich und klammheimlich beklatscht, so geht es der Bevölkerungsmasse doch in erster Linie um die Verbesserung ihrer Lebenssituation, um die

⁹ Diese knüpfen an zwei Vordenker an: an den Pakistani Syed Abul’Ala Maududi und vor allem an den Ägypter Sayyid Qutb. Letzterer hatte den bedeutendsten Begriff für den politischen Islam eingeführt: den Begriff ‚Jahiliyyah‘, der zu Zeiten Mohammeds auf der arabischen Halbinsel den Zustand umfasste, „indem sich diese Region befand, bevor Mohammed dort den Islam durchgesetzt hat. Er wird übersetzt mit ‚Unwissen‘ oder ‚Unkenntnis Gottes‘ In der Praxis hieß es, dass alle Heiden nur die Wahl hatten, entweder sich zum Islam zu bekehren oder zu sterben. Qutb erneuerte diesen Begriff in Zusammenhang mit dem modernen Diskurs, sodass er jetzt die christliche Welt mit einbezieht. Damals galten Christen und Juden als Monotheisten, die zwar nicht das Rechte tun, doch mussten sie sich keinesfalls ... bekehren und sollten auch nicht bekämpft werden. Qutb politisierte die ‚Jahiliyyah‘ und dehnte den Begriff auf Christen und Juden aus. Damit sind sie nicht mehr ein nicht ganz vollwertiger, aber zu tolerierender Teil der monotheistischen Familie, sondern zu bekämpfende Heiden“ (Somekh). Andere islami(s)tische Gruppen über- oder besetzen den Begriff ‚Jahiliyyah‘ mehr mit westlichen Begriffen wie Kolonialismus, westliche Hegemonie, Ausbeutung.

Überwindung ihrer Armut. Die Unzufriedenheit wendet sich zuallererst gegen die eigene korrupte Staatsführung (vgl. Somekh). Radikale Splittergruppen bringen allerdings knallhart zum Ausdruck, was von der rechten bis zur linken Opposition angestrebt wird: „Rückzug des amerikanischen Militärs aus der Region, politische Teilhabe in den jeweiligen Staaten und ... eine grenzüberschreitende Bildung eines einheitlichen arabischen Raumes, die gegen die Fraktionierung dieses Raumes in einen von der EU dominierten nordafrikanischen Raum sowie einen durch die Ölförderung bestimmten ‚Energieraum‘ (die Golfregion) und einen Nahostraum im engeren Sinne (Ägypten, Jordanien, Palästina, Israel und Syrien) unter der Kontrolle der USA gerichtet ist. Diese an den Panarabismus der 50er und 60er Jahre (aber auch an neue Tendenzen der weltweiten Regionalisierung) erinnernde Strategie ist populär ...“ (Al-nasseri: 575).

Mit der These der Islamismus sei „erschöpft“ (so z.B. von Khosrozadeh und Kermani (a) vorgetragen) sollte man m.E. vorsichtig umgehen.¹⁰ So lange das Kräfteverhältnis auf Grund des geostrategischen, politischen und militärischen Kalküls globaler Mächte die herrschenden Regime begünstigt, innenpolitische Reformen nicht wirklich vorankommen, so lange wird der politische Islam ein nicht zu übersehender oppositioneller Faktor bleiben. Inwieweit eine sich noch in der Minderheit befindende linke Bewegung (sozialistische Parteien, der jeweilige linke Flügel der Frauen- und Studentenbewegung, linke NGOs und unabhängige Gewerkschaftsbewegungen) an Boden gewinnt bleibt abzuwarten. Was den Talibanismus anbelangt, so hat dieser – „der seltene Fall eines Extremismus, der aus der Provinz stammt“ (Kermani a) – gewiss abgedankt. „Den Aufstieg der Taliban kann man nicht ohne Blick auf ihre Helfer verstehen: den pakistanischen Geheimdienst, Saudi-Arabien, der zentrale Bündnispartner der USA in der Region, und die CIA. Die Taliban sind ein Regime mit faschistoiden Zügen, eine Geißel für die Afghanen – und dass der Westen dem Land dies Übel beschert hat,

¹⁰ Kermani meint, dass der Terror, und zwar nicht nur der Anschlag vom 11. September, durchaus als „Phänomen des Niedergangs des Islamismus“ verstanden werden kann.

gehört zu den dunkelsten Kapiteln der Außenpolitik der USA“ (ebd.; siehe auch Abramovici).

II.

„Warum sollte die Globalisierung auch vor der Globalisierung des Terrors halt machen?“ (Christoph Görg)

„Der siegreiche Ausgang des Kalten Krieges hat in den USA einen Triumphalismus hervorgebracht, der für den wahren Zustand der Welt blind macht. Die Diskrepanz zwischen einer überhöhten Selbstwahrnehmung und dem Bild, das andere Länder von den USA haben, blockiert eine konstruktive Antwort auf die aktuelle Tragödie.“ (Steven C. Clemons)

„Wir schreiben den 11. September. Einige Flugzeugpiloten verlassen den vorgesehenen Kurs und steuern zu allem entschlossen aufs Stadtzentrum zu. Im Visier haben sie die Symbole einer verhassten Gesellschaftsordnung. Kurz darauf Explosionen, berstende Fassaden, Gebäude, die in einem Höllenlärm zusammenstürzen, staubbedeckte Überlebende, die sich zu retten versuchen. Die Medien übertragen die Tragödie live. New York im Jahr 2001? Nein, Santiago de Chile, anno 1973. Mit tatkräftiger Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika stürzt General Augusto Pinochet den sozialistischen Staatschef Salvador Allende ...“ (Ignacio Ramonet a)

Die höchsten geistigen Autoritäten des Islam haben die Selbstmordattentate vom 11. September praktisch einmütig verurteilt, gelten doch Massaker an Unschuldige und Selbstmord als unvereinbar mit Geist und Buchstaben der heiligen Schriften. Alle diejenigen islamistischen Bewegungen, die sich zu den Ereignissen geäußert haben, haben die Terroraktionen „rückhaltlos verurteilt“, und zwar als „barbarische Handlungen, die durch nichts zu rechtfertigen sind“ (vgl. Rouleau a). Nicht zu rechtfertigende barbarische Akte sind gleichermaßen die Selbstmordattentate der palästinensischen Hamas. Im Gegensatz zu den Terrorakten vom 11. September beziehen sich diese jedoch auf konkrete Ereignisse, auf die ‚Wiedergutmachung‘ speziell erlittenen Unrechts, m.a.W.: die Motive sind konkret, sind identifizierbar. Der bekenntnislose Terror hingegen richtet sich ge-

gen einen Feind, „der zur Abstraktion geronnen ist, gegen eine schon metaphysisch zu nennende Übermacht“ (Kermani b).¹¹ Vernichten kann man diesen all/über-mächtigen Feind zwar nicht, so ihm aber doch einen weltweit unübersehbaren Schlag im eigenen Haus versetzen. Je allmächtiger das Hassobjekt ist bzw. als solches aufgebaut wird, um so grandioser erscheint die eigene Tat, um so perfekter verläuft die „Inszenierung der eigenen Grandiosität“ (Knittel). Das technisch-planerische Know-how, ganz auf der Höhe der Zeit, bestärkt noch das Gefühl von eigener Größe und Allmacht (vgl. ebd.).¹²

Die verborgenen Attentäter zehren vom Beifall im ‚eigenen Haus‘ und mehr noch von der Angst im ‚fremden‘. Der Terror koexistiert mit der Mediengesellschaft: „Weil Massenmedien ihrer primären Funktionsweise nach immer schon Instrumente der Selbstirritation und der Selbsthysterisierung von strukturell übermediatisierten Gesellschaften sind, hängen sich Terrornachrichten als ideale informative Viren in das System der Tagesnachrichten und Sonder-sendungen ein“ (Sloterdijk).¹³ Bezogen auf die

¹¹ Das Objekt des Hasses ist laut Claus Offe (: 1442) durch das definiert, „was es ‚ist‘ – nicht dadurch, was es ‚hat‘ (wie bei der Emotion des Neides) und auch nicht dadurch, was es ‚tut‘ oder getan hat (Wut oder Zorn). Das Haben oder Handeln eines sozialen Objektes lässt sich verändern ..., das Sein nur vernichten.“ Offe zitiert John Elster (1999): „Beim Hass gilt meine Feindschaft einer anderen Person oder einer Kategorie von Individuen, die als schlechthin und unauflösbar böse angesehen werden. (...) Die Wut will, dass der Übeltäter leidet, während der Hass will, dass er aufhört zu existieren.“ Der Hass macht bedenkenlos gegen eigene Nachteile, er muss keine peinigende Gefühlsregung sein (wie Wut, Neid, Eifersucht, Trauer und Empörung) und kann durchaus mit dem Selbstgenuss einer heroischen Mission einhergehen (vgl. ebd.).

¹² Sloterdijk verweist darauf, dass die Terrorakteure zu ihren Kampfmitteln ein „bloßes Benutzerverhältnis haben. ... Der deregulierte Terror funktioniert nach dem Prinzip der Zwei-Komponenten-Waffen – wobei an der einen Stelle die Kampfmittel erzeugt werden, an der anderen die Kampfgesinnungen.“ Gegenwärtig verlieren die kompetenten Produzenten der gefährlichsten Waffen die Kontrolle über diese und müssen damit rechnen, „dass diese auf unvorhersehbare Weise gegen sie selbst gewendet werde. Die westliche Zivilisation begegnet im islamistischen User-Terrorismus einem abgespalteten Aspekt ihrer selbst.“

¹³ Nach Ramonet (b) wollte die Aggression vom 11. September mindestens dreierlei bewirken: „materiellen Schaden, einen symbolischen Effekt und

eigenen Gesellschaften sind die 11.-September-Akteure alles andere als Kämpfer gegen soziale Unterdrückung und Ausbeutung, gegen die Demütigung der islamischen Länder. Man tritt zwar als Agent der Elenden dieser Welt auf, „aber diese Elenden sind austauschbar“ (Kermani b). Zwar holt man sich für einen Moment den Beifall vieler im eigenen Haus: ‚Die in den USA haben es doch verdient‘ – die spontanen Beifallspender mit ihrem ‚Wir‘-Gefühl auf Zeit wissen aber, dass ihre Belange letztlich keine Rolle spielen. Sie durchschauen den Ego-Trip der Attentäter samt Hintermänner und können mit dem ideologischen „Amalgam aus Kapitalismuskritik, Märtyrerkult, Drittwelttheorie, totalitärer Ideologie und Sciencefiction“ (Kermani b) so gut wie nichts anfangen. Die Ursprünge des 11. September sind zudem nicht im Koran oder im Mittelalter zu suchen. Er steht für einen Terrorismus, der überall in der modernen Gesellschaft nachwachsen kann und ihr ja nicht unbekannt ist (man denke nur an die Aum-Sekte, an den Una-Bomber oder an Timothy McVeigh). Die Freiräume der globalisierten Welt eröffnen weichen, weitmaschigen Netzwerken wie Sekten und terroristischen Gruppen (nicht zu vergessen: Mafia und organisierte Kriminalität) generell ein ideales Terrain zur Entfaltung – das haben solche Netzwerke gemeinsam mit McDonald, CNN, AOL und vielfältigen NGOs.¹⁴ Auf diesem Terrain, in

einen großen Medienschock.“ Das zweite Ziel bestand darin, „die Weltöffentlichkeit zu schockieren, indem die wesentlichen Insignien amerikanischer Größe versehrt und erniedrigt und die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Symbole der imperialen US-Hegemonie zerstört wurden.“ Wie in einem televisuellen Staatsstreich wurden drittens die Bildschirme erobert. Zum großen Missfallen der US-Administration wurde die Kontrolle über sämtliche Fernsehschirme der USA und dazu der ganzen Welt übernommen. Die unerhörte Verwundbarkeit Amerikas wurde enthüllt und gezeigt.

¹⁴ Die Zeitschrift Prokla widmete im Oktober 2001 ein ganzes Heft (Nr. 124) der Thematik „Schmutzige Geschäfte – Kapitalismus und Kriminalität“. In verschiedenen Beiträgen wird verdeutlicht, dass Korruption und Profitmaximierung um jeden Preis vom Kapitalismus überhaupt nicht zu trennen sind. So gehören z.B. „zu den Profiteuren von Geldwäsche, illegalen Kapitalbewegungen und der vielfältigen legalen oder halblegalen ‚Offshore‘ Praxis ... auch höchst respektable Banken und Konzerne“ (ebd. Editorial: 324) An Bürgerkriegen verdient schon längst nicht nur die Waffenindustrie. „Vor allem

diesen Grauzonen kann operiert werden, ohne irgendwelchen Gesetzen verantwortlich zu sein, denn auf der globalen Ebene mangelt es an konstitutioneller bzw. demokratischer Legitimität.

‚Nach dem 11. September wird nichts mehr sein wie bisher!‘ Hinter diesem allgemein üblichen Urteil steht die Überzeugung, dass die USA von einem unilateralistischen Alleingang abgewichen seien und neuerlich versuchen, über multilaterale Koalitionen der Bedrohung durch den Terror beizukommen. Für Brigitte Young und Simon Hegelich (: 523) haben die Maßstäbe ‚isolationistisch‘ und ‚Uni- versus Multilateralismus‘ nur einen begrenzten analytischen Gehalt, „weil die USA mehr als jeder andere Staat die Vorgänge in der Welt zu ihrem Geschäft macht und dabei sowohl uni- als auch multilateralistisch vorgeht“. In der Tat, ein Rückzug aus den Angelegenheiten der Welt war von den USA nie angestrebt. Im Gegenteil: um auf die Vielzahl der neuen ‚Bedrohungen‘ angemessen reagieren zu können, haben die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren ihr Militärbudget extrem ausgeweitet; andere Staaten an der Beschaffung von militärischen Mitteln gehindert, die geeignet wären, die amerikanische Überlegenheit zu relativieren; die Interessen des amerikanischen Kapitals unter der Parole des Freihandels gefördert; Weltbank und IWF so eingerichtet, dass sie diesen Interessen dienen; einige Staaten als ‚Schurkenstaaten‘ (bzw. ‚Problemstaaten‘) deklassiert, sie aus in-

sind es die Diamanten- und Ölkonzerne, die die Rohstoffe ausbeuten und vermarkten, und den Bürgerkriegsparteien damit Erlöse verschaffen, die diese dann zum Kauf von Waffen benutzen. Häufig sind diese Unternehmen aber nicht nur die finanziellen Gewinner des Krieges, sondern auch mit eigenen Söldnertruppen präsent, die ihrerseits in der Regel in das global umspannende Netzwerk der ‚depradatory hegemony‘ eingespannt sind“ (ebd.: 325). – Ramonet (b) verweist darauf, dass ganze Staaten in die Abhängigkeit von privaten informellen Gruppierungen bzw. Einzelnen wie Bin Laden geraten (Beispiele: Somalia, Afghanistan). „Die Globalisierung fördert diese Entwicklung, so wie sie morgen das Auftreten von Unternehmerstaaten begünstigen wird, die – wie Bin Laden – ausgehöhlte, leere, entstrukturierte, mit endemischem Chaos konfrontierte Staaten einnehmen und für ihre Zwecke gebrauchen werden.“ – Siehe auch Bisharas Artikel zu den „Grauzonen einer globalen Welt“.

ternationalen Organisationen ausgeschlossen und ihre Legitimität prinzipiell in Frage gestellt – um nur einige Punkte zu nennen (vgl. ebd.: 524 f.).

Zur Zeit des Golfkrieges 1991 proklamierte die Bush-Sen.-Administration die „*Neue Weltordnung*“. Die eigentliche Stoßrichtung des Golfkrieges ging weit über die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen (Krieg um Öl) hinaus. So besteht der Kern der ‚Neuen Weltordnung‘ darin, „dass es keine Anwendung staatlicher Gewaltmittel geben soll, die nicht von den Vereinigten Staaten gebilligt sind. Denn ‚Aggression‘ ist weit mehr als einfach nur Gewalt. Noam Chomsky verweist darauf, dass die gewaltsame Politik des Iraks gegen Kurden und Schiiten keineswegs als Aggression gewertet wurde.“¹⁵ Gewalttames Handeln eines staatlichen Akteurs wird somit nur dann zu ‚Aggression‘, „wenn es gegen den Willen der Vereinigten Staaten erfolgt“. Die erste Leistung des Golfkriegs für die ‚Neue Weltordnung‘ bestand also darin, „diesen Sachverhalt der Welt zu vermitteln und zu demonstrieren, womit ein Staat zu rechnen hat, der sich an diesem Prinzip versündigt“ (ebd.: 529 f.).¹⁶

Auch für die EU scheint es vorteilhafter zu sein, zusammen mit den USA die Welt zu ord-

¹⁵ George Bush Sen. 1999: „Im Golfkrieg ist es uns, so hoffe ich, gelungen, einen positiven Präzedenzfall für ein künftiges Vorgehen bei internationalen Krisen zu schaffen und zu zeigen, wie sich Koalitionen schmieden lassen, wie die UNO sinnvoll eingesetzt werden und zu Hause und im Ausland vorsichtig Unterstützung für die Ziele der USA gewonnen werden kann. Am Wichtigsten aber ist, dass wir hoffentlich zeigen konnten, dass die Vereinigten Staaten niemals Aggression in der internationalen Arena akzeptieren werden.“

¹⁶ „Für Staaten, die selber nicht negativ ins Visier der ‚Neuen Weltordnung‘ geraten, bedeutet der amerikanische Multilateralismus, dass sie die Chance haben, durch willfähiges Verhalten die auf sie bezogene Einschätzung der Supermacht zu beeinflussen. So hatten die arabischen Staaten gehofft, durch ihre Kooperationsbereitschaft im Golfkrieg die USA für ihr Anliegen im Nahost-Friedensprozess gewinnen zu können. Das Beispiel zeigt sofort, dass ein solches Verhalten den negativen Ausgangspunkt hat, dass man nicht glaubt, sich gegen die Supermacht durchsetzen zu können. So *erhofft* man sich zwar, dass die Vereinigten Staaten die eigenen Anliegen wohlwollend beurteilen, ein Mittel zur Durchsetzung seiner Zwecke hat damit jedoch kein Staat in der Hand“ (Young/Hegelich: 530).

nen, wengleich es das eigentliche Ziel des Europäischen Projekts ist, der Ordnungsmacht USA etwas entgegenzusetzen. Die ‚Mitsprache‘, auf die das EU-Europa setzt, wird von den USA „bestenfalls in Form von Konsultationen“ (Czempiel) toleriert. Die USA wollen weltweiter Gewaltmonopolist bleiben – d.h., die Weltführung unilateral an sich zu ziehen –, gerade in der Terrorbekämpfung, auch wenn sie darin von der Unterstützung anderer Staaten abhängig sind. – Und die UNO? Ganz einfach: Entweder sie entscheidet im „Interesse der Vereinigten Staaten oder sie entscheidet eben nicht“ (Young/Hegelich: 531).

Um Missverständnisse zu vermeiden: Natürlich sind die USA nicht selber schuld an den Anschlägen, weil sie die überlegene Weltmacht sind. „Ihre Überlegenheit und die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten sie genutzt haben, um die Welt nach ihren Interessen zu gestalten, ist aber der Kontext, in dem die Anschläge gesehen werden müssen. Erst der analytische Rahmen der Weltordnung ermöglicht ein Verständnis des Ausgangspunktes der Anschläge, so wie ihrer spezifischen Besonderheiten.“ (Vgl. hierzu IV. 2 die Auszüge von Joachim Hirsch‘ Beitrag zur ‚neuen Welt(un)-ordnung‘.) „Die Unzufriedenheit mit der ‚Neuen Weltordnung‘ und die Ohnmacht, sich effektiv gegen sie zu wehren, zeigen sich in den Ereignissen vom 11. September, diese ist weder neu, noch wird sie in absehbarer Zeit verschwinden. Im Gegenteil, die Reaktion der Vereinigten Staaten produziert einige Fortschritte der ‚Neuen Weltordnung‘ und weitere Ansatzpunkte für Unzufriedenheit“ (Young/Hegelich: 535 f.).

Zum Schluss dieses Abschnittes noch einige Anmerkungen und Hinweise zum Stellenwert (1) der Sicherung der Ressourcen (Öl, Gas), Nachschubwege und (2) vor allem zum Stellenwert des Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern. (1) Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die umfangreichen Ölreserven in Nah- und Mittelost ist natürlich ein wesentliches Element auch der ‚Neuen Weltordnung‘. Nach wie vor geht es um die Sicherstellung des Ölangebots im Überfluss und zu Niedrigst-, zu Dumpingpreisen, damit die verschwenderischen Konsumgewohnheiten im Norden, insbesondere in den USA, unangetastet bleiben (vgl. IV. 4, B

4 a-c – Massarrat¹⁷; vgl. IV. 2 – Hirsch, letzter Kurzabschnitt; vgl. Grobe). (2) Caus Offe (ebd.: 1445) meint, dass die immer wieder verfehlte palästinensische Nationenbildung – „ganz abgesehen von der begrenzten Rolle der USA in der Geschichte ihres Scheiterns“ – weit davon entfernt ist, ein pan-arabisches, geschweige denn ein pan-islamisches Gravamen zu sein; unter den Tätern des 11. Sept. seien keine Palästinenser gewesen. Und weiter: „Angesichts der in der islamischen Welt höchst abgestuften und vielfach wohl lediglich rhetorischen Solidarität von Eliten wie Nicht-Eliten mit der Sache der Palästinenser greift zumindest die Israel-bezogene Erklärung für die Genese extremer Hassgefühle entschieden zu kurz“.

Auf das allenfalls Rhetorische zu verweisen ist, wie hier (Fußnote 5) bereits geschehen, sicherlich richtig. Man darf allerdings nicht vergessen, dass mit dem Sechstagekrieg 1967 und mit dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon 1982 vier arabische Länder direkt in den Konflikt Palästinenser – Israelis involviert waren und noch sind. Wenigstens die arabische Bevölkerung dieser Länder fühlte sich durch die schmachvolle Niederlage samt Folgen (Besetzung des Sinai, der Westbank, der Golanhöhen und des südlichen Libanons) tief gedemütigt – der Niedergang der nationalistischen und sozialistischen Kräfte und die Erstarkung der islami(sti)schen Bewegung setzte genau Ende der 60er Jahre ein. Demütigung führt nun nicht umstandslos zu Hass – schon gar nicht einer Ordnungsmacht gegenüber, die zumindest anfangs in diesem Konfliktfeld vordergründig gar nicht auftrat –, so aber doch zu einem Gemisch von Verzweiflung und Zorn / Wut, auf dessen Boden Hass erwachsen kann, gerade auch in Richtung einer Übermacht im Hintergrund. – Die Rolle der USA im besagten Konflikt redet Offe m.E. zu Unrecht klein. Denn, noch jede UN-Resolution, deren Durchsetzung den Prozess der palästinensischen Nationenbildung hätte beschleunigen können, ist von den USA per Veto im UN-Sicherheitsrat abgeschmettert worden. Der „Arroganz der [israelischen] Besatzer“ (Grinberg) ist deren großer Bruder aus Amerika nie wirklich entge-

gengetreten. Und so gilt in den Augen aller arabisch-islamischen Völker US-Amerika als entscheidende Schutzmacht der israelischen Besatzungspolitik. (Unter IV. 3 habe ich Textauszüge von Grinberg und Sznai der, beide Israelis, zusammengestellt, die m.E. die Ursachen des Konfliktes Palästinenser – Israelis benennen als auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.)

III.

„Die deutsche Bevölkerung wird daran gewöhnt, dass Krieg wieder ein Mittel der Politik wird.“ (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

Unter der Überschrift „Endlich: Klarheit“ schreibt die taz-Redakteurin Bettina Gaus (eine Gegnerin militärischer Intervention auch schon bezogen auf Jugoslawien/Kosovo) am 26. November: „Ein paar sprachliche Arabesken im Leitantrag [für den Parteitag der Bündnisgrünen in Rostock] ändern nichts an der Kernaussage: Die Grünen haben einer deutschen Beteiligung am Krieg gegen den internationalen Terrorismus zugestimmt. Jetzt weiß man also, woran man ist. ... Auch die Grünen halten Krieg unter bestimmten Umständen für ein legitimes Mittel der Politik. Wer diese Partei von nun an wählt oder ihr angehört, weiß das.“ Alle Spitzenpolitiker aller Parteien, mit Ausnahme der PDS, „sehen im Krieg inzwischen wieder eine von mehreren Optionen, um politische Ziele durchzusetzen. Wie sich im Kosovo-Konflikt gezeigt hat, gilt das ausdrücklich auch für den Angriffskrieg.“¹⁸

Einige Tage vor dem Parteitag brachte Joscha Schmierer das Kunststück fertig, einen ‚Belli-Pazifismus‘ zu kreieren: „Der Bundestag hat nicht über Krieg und Frieden abgestimmt, und die Grünen müssen sich nicht zwischen Bellizismus und Pazifismus entscheiden“. Sinngemäß spricht Schmierer von der Notwendig-

¹⁷ Siehe auch den Band von Mohssen Masarrat 1993: Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie – Schritte zum Gleichgewicht. Marburg

¹⁸ Gaus fährt lakonisch fort: „Die Grünen haben sich von der Konkurrenz bislang allerdings dadurch unterschieden, dass ihre Spitzenpolitiker uns regelmäßig über die Entwicklung ihres Gefühlshaushalts informierten. Damit sollten sie jetzt aufhören. Für diejenigen, die im Bombenhagel sterben, macht es nicht den geringsten Unterschied, ob die Verantwortlichen darüber traurig sind.“

keit eines ‚bedingten‘ Militäreinsatzes, wie einige Wochen später sein Chef, der grüne Staatsminister im AA Ludger Volmer unter der Überschrift „Was bleibt vom Pazifismus – Warum militärische Mittel nicht ganz verzichtbar sind“. (Ich zitiere diesen nachfolgend relativ ausführlich.) Volmer legitimiert Krieg – er nimmt das Wort bezeichnenderweise nicht in den Mund – einerseits als „humanitäre Intervention“ nach dem Modell Jugoslawien/Kosowo und andererseits als „Kampf gegen den Terrorismus“ nach dem Modell Afghanistan/Al Qaida. Ein Pazifismus, so Volmer, der als politische Kraft ernst genommen werden will, muss mehr als ein „abstrakt-gesinnungsethischer“ sein, nämlich ein „politischer“, der die Realitäten nicht verdrängt, „um ein Weltbild zu retten. Er darf nicht nur die anderen kritisieren, er muss selbst Antworten geben. Frühere Pazifisten haben dieses versucht.¹⁹ ... Heute wird eine Antwort auf die ‚privatisierte Gewalt‘ verlangt. Wer redlich argumentiert, wird zugeben, dass militärische Mittel allein die Terroristen nicht in die Knie zwingen werden. Umgekehrt können nichtmilitärische Mittel allein dieses Ziel ebenso wenig erreichen. Zudem erwartet die internationale Gemeinschaft längst einen deutschen Beitrag, auch militärischer Art, zur Lösung regionaler und globaler Konflikte.“ Es dürfe nicht der Verdacht entstehen, die Deutschen wollten sich „hinter der Geschichte verstecken“ und anderen die Last aufbürden. „Politischer Pazifismus“ heute heißt laut Volmer:

„Einsatz für das Primat der Politik und die Unterordnung militärischer Schritte unter politische Strategien, für die zentrale Rolle der Vereinten Nationen, die Geltung des humanitären Kriegsvölkerrechts und die Verhältnismäßigkeit der Mittel, für humanitäre Hilfe und Menschenrechte, für Auswärtige Kulturpolitik und den Dialog der Kulturen, für Entwicklungshilfe und Institutionenbildung, für global governance und eine internationale Strukturpolitik, die auf globale Gerechtigkeit zielt. (...)

Beim Kampf gegen den Terror hat die internationale Staatengemeinschaft ... zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ansatzweise im Sinne einer Weltinnenpolitik gehandelt. Der 11. September hat diese neue Epoche eingeleitet. Noch ist der Wandel nicht perfekt. Noch ist das Völkerrecht um die Gestalt des zwischenstaatlichen Konfliktes

konstruiert, muss ‚privatisierte Gewalt‘ territorialstaatlich zuordnen. Erst in Ansätzen ist auch in der Sicherheitspolitik Globalisierung zu erkennen, die in Wirtschaft und Umweltfragen längst unser Bewusstsein bestimmt. (...)

Die USA, verdächtigt, die Vereinten Nationen zu schneiden, eigene Interessen unilateral zu verfolgen und sich zu wenig um globale Fragen zu scheren, entdecken inzwischen, dass sie Freunde brauchen und liebäugeln wieder mit dem Multilateralismus. In der Tat, vielleicht nur aus der Not geboren. (...)

Gerade jetzt muss eine multilaterale Weltordnungspolitik gegenüber unilateraler Supermachtpolitik gestärkt werden. Gerade jetzt verlangt die schwierige Beziehung der islamisch-arabischen Welt mit dem Westen den von Pazifisten seit langem geforderten interkulturellen Dialog. Noch nie waren die Aussichten so groß, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf Methoden zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung verständigt.“

Was Volmer als überholten Pazifismus aufbaut („Pazifismus und Gewissen“ als „letzte Berufungsinstanz“) ist sein künstliches Gegenstück zu dem, was er ‚realpolitisch‘ denkend „politischen Pazifismus“ nennt. Mit einem „aufgeklärten Pazifismus“ (Walther (b)), dem Gegenteil einer bloßen Moralisierung von Politik, wie ihn beispielsweise das ‚Komitee für Grundrechte und Demokratie‘ vertritt, haben beide Konstrukte nichts zu tun.²⁰ Zur Volmerschen Pazifismus-Kritik will ich aber direkt gar nicht Stellung beziehen, das besorgt schon gründlich das genannte Komitee in seinem offenen Brief an den Herrn Staatsminister. Ich klopfe lediglich Volmers Auslassungen zur US-amerikanischen ‚Weltordnungspolitik‘ (bei ihm „unilaterale Supermachtpolitik“ genannt), zur ‚Weltinnenpolitik und Krisenprävention kurz ab. – Zuvor zwei Anmerkungen: (a) Mitnichten haben Kriegsgegner, ob Pazifisten oder nicht, keine „Antworten auf die privatisierte Gewalt“ gegeben. So schreibt beispielsweise das gerade genannte Komitee: „Die Alternative zum Krieg ist in diesem Falle, wo es um Schwerverbrechen und Verbrecher geht, die Verbrechensbekämpfung mit polizeilichen Mitteln und die Strafverfolgung der Täter, die vor ein ordentliches Gericht zu stellen und von einem solchen zu bestrafen sind. Genau so wurde – mit Erfolg

¹⁹ Volmer kennt diverse Typen von ‚Pazifismus‘: vom ‚frühsozialistischen Pazifismus‘ bis zu dem der ‚90er Jahre‘ (Stärkung der OSZE und EU gegenüber der NATO) noch vier andere Varianten.

²⁰ Übrigens: Was einem moralischen Overkill wirklich gleichkommt, das zeigten die Herren Minister Fischer und Scharping unschlagbar in ihrer Kosovo-Kriegsbegründung.

– im Zusammenhang mit dem ersten terroristischen Anschlag auf das World Trade Center 1993 verfahren. Statt dessen beantwortet herrschende Politik Terror mit Gegenterror [und] übt sich in Selbstjustiz“ (b) Der Hinweis von Volmer auf die Erwartungshaltung der „internationalen Gemeinschaft“ an Deutschland dient nur der Rechtfertigung der eigenen Politik. Es müsste präzisiert werden, wer mit der internationalen Gemeinschaft gemeint ist und die Frage gestellt und beantwortet werden, wer, warum diese Erwartungshaltung hat. Durchaus lassen sich Staaten, Staatengruppen und politische Bewegungen denken, die sich einen Beitrag Deutschlands (und der EU) zur internationalen Politik und Friedenssicherung außerhalb des Windschattens US-dominierter Weltordnungspolitik wünschen. Gerade dann bräuchten sich die Deutschen nicht „hinter der Geschichte [zu] verstecken“.

Volmer verkleinert, ja verharmlost die knallharte US-amerikanische Weltordnungspolitik – dementsprechend schrumpfen bei ihm auch die desaströsen Folgen dieser. So verliert er kein Wort zur US-amerikanischen Kriegsführung (mit mehr oder weniger NATO-Unterstützung) gegen den Irak, Serbien und Afghanistan, die deren Bevölkerung in Mithaftung nahm bzw. nimmt, entgegen der Beteuerung, es ginge nicht gegen diese als vielmehr um die Entmachtung von Schurkenregierungen und Terroristen. Unterschlagen wird dabei – auch das erwähnt Volmer nicht einmal –, dass Letztere jahrelang insbesondere von den US-Regierungen selbst hochgepäpelt wurden. Oppositionelle Kräfte in den besagten Ländern wurden immer erst dann interessant, wenn sie sich den geopolitischen und ökonomischen Interessen und Zielen der Weltordnungsmacht als dienlich erwiesen. So werden die Reformen im Iran durch die neueste verbale Attacke von George W. Bush, d.h. den Iran der „Achse des Bösen“ zuzuordnen, geschwächt. Bereits jetzt, so Bahman Nirumand, sei die Wirkung der Worte aus Washington deutlich zu spüren: „Den rechten Islamisten müssen die Drohgebärden des US-Präsidenten wie ein Geschenk des Himmels erschienen sein. Denn gerade in diesen Wochen haben sie in der Auseinandersetzung mit den Reformern einige Niederlagen einstecken müssen. Nun verleiht ihnen der Wink aus den USA neue Kraft. Sie werden die in den letzten Jahren stark erblass-

ten Feindbilder, USA und Israel, ... wieder aufleben lassen. Der Anfang ist bereits gemacht. Am 12. Februar ... gelang es den Konservativen nach langer Zeit wieder hunderttausende Gläubige auf die Straße zu locken. ‚Tod den USA‘, ‚Tod Israel‘, skandierten die Massen mit geballten Fäusten.“ Es sei zu hoffen, dass es den Europäern gelänge, die US-Strategen davon zu überzeugen, „dass eine aggressive Politik den Hass gegen die USA verstärken und den Nährboden für Terroristen ausweiten würde.“

Volmer blendet des Weiteren die vielschichtige Fragmentierung und Desorganisation der Welt aus, die sich, wie Joachim Hirsch (a – hier unter IV. 2) zu Recht betont, „in wachsenden ökonomisch-sozialen Ungleichheiten auf nationaler wie internationaler Ebene, der Marginalisierung ganzer Weltregionen, der Fragmentierung und dem Zusammenbruch von Staaten mit den damit verbundenen bürgerkriegsartigen Konflikten äußert. Die zunehmende Welle von Rassismus, Nationalismus und ‚Fundamentalismus‘ ist eine Folge davon. Die ‚neue Weltordnung‘ ist in der Tat eher eine sich permanent verstärkende ‚Welt-Unordnung‘.“²¹ „Die herrschende politische Klasse – nicht nur in den USA – scheint in keiner Weise wahrzunehmen,

²¹ Mathias Greffrath kennzeichnet die Weltunordnung, die Desorganisation der globalen Welt so: „Zwei Weltordnungen sind nach dem Ende des Kalten Weltbürgerkrieges denkbar. Die eine ... ist die ökonomische, technologische, mediale und kulturelle Hegemonie des weißen reichen Nordens. Die Herrschaft des globalisierten Kapitalismus, gestützt von der imperialen Schutzmacht der WTO-Welt, den USA. Ihnen assziiert eine Reihe von Vasallen- oder Pufferstaaten, hierarchisiert nach geostrategischer und ökonomischer Nützlichkeit: unerschlossene Investitionsräume, Arbeitskräftereservoirs, Militärbasen, Rohstoff-, vor allem Ölregionen mit undemokratischen Regimes, aber politisch und militärisch ‚stabilisiert‘. Und weiter draußen dann das ‚Reich der neuen Barbaren‘: ökonomisch uninteressante Regionen, postkoloniale Kriegsgebiete, modernisierungsresistente Kulturen und Religionen. Zonen des Elends, der historischen Demütigung, der Staats- und Rechtlosigkeit. Diese arme Welt hat vier Waffen ...: Migration, Drogenhandel, mafiöse Netze, Terrorismus. Allesamt unordentliche, gewaltsame, schwer zu beherrschende Angriffe, die der Norden nur prekär parieren kann: mit Stoßtrupps, mit Staatsstreichen, mit auf Dauer gestellter militärischer Präsenz, mit neuen Formen der Zwangsverwaltung. Gegenwärtig heißt das mit den Worten des amerikanischen Sicherheitsberaters Brzezinski: US-Hegemonie oder Chaos.“

welche Anforderungen die vollmundig propagierte ‚neue Weltordnung‘ politisch tatsächlich stellt“ (ebd.). Genau an diesem Wahrnehmungsverlust leidet auch Volmer. Er sieht gerade seit dem 11. September viel Positives, überall Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten, die nur genutzt werden müssen: Die USA „liebäugeln“ (!) wieder mit dem Multilateralismus, wenn auch „vielleicht nur aus der Not geboren“; gerade jetzt müsse – und gemeint ist auch: könne – eine „multilaterale Weltordnungspolitik“ gegenüber unilateraler Ordnungspolitik gestärkt“ und der „interkulturelle Dialog“ (!) eröffnet werden. Und vor allem: zum ersten Mal hat die „internationale Staatengemeinschaft“ im Sinne einer „Weltinnenpolitik“ gehandelt und sich auf „Methoden zur Krisenprävention“ verständigt.

Auf den ‚weltgesellschaftlichen Frühling‘ wird Volmer aber noch lange warten müssen. Der herrschenden neoliberalen Globalisierungspolitik ist ja gerade der programmatische Verzicht auf eine politische Gestaltung und soziale Integration der ‚Welt‘-Gesellschaft inhärent. Die Demokratisierung der internationalen Politik findet ihre Grenze an den nationalen Interessen der mächtigsten Länder. Selbst die stärksten EU-Staaten stehen als „wettbewerbsstaatlich transformierte Staaten“ (Hirsch a) in Konkurrenz zueinander. Eine „andere Globalisierung“ (Greffrath) wird man auch von einer EU, die gemeinsame weltpolitische Strategien entwickelt, so schnell nicht erwarten können – das hieße die herrschenden Produktions- und Lebensweisen grundlegend zu verändern. Wenigstens aber müsste die EU, um den USA nicht wettbewerbsfrei das Feld der Weltpolitik zu überlassen, auf eine Demokratisierung der UNO, auf eine Reform der Welthandels- und Finanzordnung, auf eine wirtschaftliche und kulturelle Re-Regionalisierung und auf eine von der Staatenwelt legitimierte Weltpolizei hinarbeiten (vgl. Greffrath). Gegenüber großen Partnern wie China und Indien und Regionen, die Brennpunkte der Weltpolitik sind, wie Zentralasien und der Nahe Osten, müssen „gemeinsame Strategien“ entwickelt werden.²² Die Eu-

ropäer müssen vor allem schnellstens die Rolle aufgeben, sich zu militärischen Hilfsdiensten in einer „dauerhaften Low-Intensity-Militarisierung der Welt nach amerikanischem Vorbild“ (Greffrath) missbrauchen zu lassen,²³ bzw. sich den USA („wie sauer Bier“ – Hirsch b; siehe auch Chauvistré a,b) anzudienen. Nur eine nichtmilitarisierte Außenpolitik schafft die Voraussetzung für eine Politik der Krisenprävention.

Literatur

ABRAMOVICI, Pierre 2002: Dubiose Kontakte zwischen Washington und den Taliban
In: *LE MONDE diplomatique* 1’02, S. 6 f.

ALNASSERI, Sabah 2001: Zur Krisensituation der arabischen Gesellschaften
In: *PROKLA* 125, 4’01, S. 557-578

BAIER, Lothar 2002: Die Konsens-Maschine der Gesinnungstäter – Totschlagargument „Antiamerikanismus“
In: *FREITAG* 4’02, 18.2.02, S. 9

BARAKI, Matin 2001: Die Talibanisierung Afghanistans
In: *BLÄTTER* 11’01, S. 1342-1352

BISHARA, Marvan 2001: Grauzonen einer globalen Welt
In: *LE MONDE diplomatique* 10’01, S. 6

CHAUVISTRÉ, Eric 2001 a: Die angeforderte Anforderung: Schröder will in die erste Reihe
In: *taz* 8.11.01, S. 1

DERS. 2001 b: Dauerhafter Krieg. Die Grünen ignorieren die amerikanischen Forderungen
In: *taz* 23.11.01, S. 12

CHOMSKY, Noam 2001: Warum sie uns wirklich hassen. Der Terror und die Fehler der Vergangenheit
In: *LE MONDE diplomatique* 12’01, S. 14

CLEMONS, Steven C. 2001: Trügerischer Triumphalismus – Der 11. September
In: *LE MONDE diplomatique* 10’01, S. 1, 6 f.

EL ALAQUI, Hicham Ben Abdallah 2001: Gedan-

²² Das Kerproblem der Europäer sind nach Harald Müller „die Kakophonie in großen Fragen der Weltpolitik und die lange Zeit, bis aus dieser Vielstimmigkeit eine einheitliche Zielsetzung und Strategie geworden ist. Ist der Prozess abgeschlossen, ist die

Krise häufig vorbei – oder in einem Stadium, in dem nur noch die eiserne Faust des überlegenen amerikanischen Militärs Lösungen zu versprechen scheint.“

²³ Siehe hier IV. 2 Christoph Görgs Hinweis (letzter Kurzabschnitt) zu quasi „endemisch“ gewordenen Kriegen.

ken eines muslimischen Weltbürgers – Der 11. September und die asymmetrische Weltordnung
In: *LE MONDE diplomatique* 10'01, S. 11

FARZANEFAR, Amin 2001: Auf der Suche nach dem Feindbild. Reiche Diven und erbarmungslose Holsteiner – Das Bild des Westens in der arabischen Welt ist weit weniger stereotyp als erwartet
In: *FREITAG* 39, 21.9.01, S. 17

GAUS, Bettina 2001: Endlich: Klarheit. Die Grünen sagen Ja zum Krieg gegen den Terror
In: *taz* 26.10.01, S. 12

GÖRG, Christoph 2002: „Aber es gibt keine Kriege mehr ...“ – Vom Zustand des Staatensystems und der „Evolution des Völkerrechts“
In: www.links-netz.de/T_texte/T_goerg_kriege.html

GREFFRATH, Mathias 2001: Gefährliche Chemotherapie
In: *taz* 16.11.01, S. 12

GRINBERG, Lev 2001: Die Arroganz der Besetzer
In: *taz* 22.12.01, S. 11

GROBE, Karl 2001: Der Krieg setzt Energien frei. In Afghanistan ging es nicht nur gegen bin Laden, sondern auch um manches Interesse an freier Bahn für Öl und Gas
In: *FR* 22.12.01, S. 3

HIRSCH, Joachim 2001a: Globalisierung und Terror
In: www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_terror.html und *PROKLA* 125, S. 5111-5122

DERS. 2001 b: Wie sauer Bier – oder weshalb Deutschland unbedingt Krieg führen will
In: www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_bier.html

KERMANI, Navid 2001 a: „Der islamistische Traum ist aus“ – ein taz-Interview (Daniel Bax / Stefan Reinecke / Eberhard Seidel) mit N.K.
In: *taz* 3.11.01, S. 3

DERS. 2001 b: Die Gärten der Märtyrer
In: *taz* 20.11.01, S. 15 f.

KHOSROZADEH, Behrouz 2001: Die Mythen sind vorbei. Der Talibanismus beendet den islamischen Fundamentalismus
In: *taz* 22.11.01, S. 12

KNITTEL, Siegfried 2001: Terror der Privilegierten – Aum-Sekte und 11. September
In: www.oeko-net.de/kommune/kommune12-01/dknittel.htm

KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE e.V. 2002: Belli-Pazifismus? Ohne uns! – Offener Brief an Ludger Volmer. Köln

KRIPPENDORFF, Ekkehart 2001: Trete vor und schweige. Vergesslichkeit der Außenpolitik – Der Schock über die Terror-Anschläge in den USA

leistet einer Selbstgerechtigkeit Vorschub, zu der es keinen Anlass gibt
In: *FREITAG* 40, 28.9.01, S. 13

MASSARRAT, Mohssen 2001: Über Jahrzehnte aufgestauter Hass. Verzerrungen – Eine Reduzierung des internationalen Terrorismus auf den Islam führt in die Irre
In: *FREITAG* 40, 28.9.01, S. 6

MÜLLER, Harald 2001: Die Stärke der Schwachen
In: *taz* 20.12.01, S. 12

NIRUMAND, Bahman 2002: Politik gegen den Hass
In: *taz* 15.2.02, S. 12

OFFE, Claus 2001: Die Neudefinition der Sicherheit
In: *BLÄTTER* 12'01, S. 1442-1450

RABINOVICI, Doron 2001: Wo Emanzipation zum Laster wird. Auf der Suche nach den Ursprüngen des Islamismus
In: *FR* 15.11.01; S. 20

RAMONET, Ignacio 2001 a: Der Gegner
In: *LE MONDE diplomatique* 10'01, S. 1
DERS. 2001 b: Aus einer neuen Welt – Konsequenzen der globalen Verwundbarkeit
In: *LE MONDE diplomatique* 12'01, S. 1, 6

ROULEAU, Eric 2001: Die Macht und der Glaube
In: *LE MONDE diplomatique* 11'01, S.1, 10 f.

ROY, Arundhati (24.9.) 2001: Terrorismus – ein Symptom
In: *WIDERSPRUCH* 41, 2'01, S. 5-14

SCHMIERER, Joscha 2001: Gegen die Tyrannei des Terrors
In: *taz* 22.11.01, S. 12

SLOTERDIJK, Peter 2001: Von Terror und von Genen. Ein Plädoyer für die Enthysterisierung zweier Selbsterregungskampagnen
In: *FR* 17.11.01, S. 23

SOMEKH, Sasson 2001: „Bekämpfungswerte Unwissende“. Der arabische Gelehrte S.S. erläutert im Gespräch [mit Tsafir Cohen] zentrale islamische Begriffe
In: www.oeko-net.de/kommune/kommune11-01/kchohen2.htm

SZNAIDER, Natan 2001 a: Israel: Schimären der Erinnerung
In: *LE MONDE diplomatique* 11'01, S. 3
DERS. 2001 b: Die Regeln des Spiels. Israelis und Palästinenser: Zwei Völker, drei Konflikte
In: *FR* 22.12.01, S. 17

VOLMER, Ludger 2002: Was bleibt vom Pazifismus

In: *FR* 7.1.02, S. 6

WALTHER, Rudolf 2001 a: Antiamerikanismus oder die Theologie der Leerstelle

In: www.links-netz.de/T_walther_antiamerikanismus.html

DERS. 2001 b: Deckname: Realpolitik

In: *taz* 10.12.01, S. 12

YOUNG, Brigitte / HEGELICH, Simon 2001: „Neue Weltordnung“: Nach dem 11. September bleibt vieles, wie es war

In: *PROKLA* 125, 4'01, S. 523-540

IV.

(1) *Das ‚Islam-Kapital‘* (Alnasseri)

Mit dem Begriff ‚Islam-Kapital‘ bezeichnet Alnasseri „ökonomisch bestimmte nichtmonopolistische Kapitalfraktionen (in Industrie, Handel und Finanz) und den politisch-ideologischen Kitt dieser Fraktionen“. In welcher Beziehung steht das Islam-Kapital zum (seit den 70er Jahren dominanten) Finanzkapital? Im Islam-Kapital gilt der Zins als Wucher und ist dementsprechend verboten.²⁴ Schon vor der Überakkumulation an Geldkapital in Form von ‚Petrodollars‘ gab es (vor allem auf dem Lande) „lokale Kooperativen und Sparkassen sowie lokale, kollektive Sparpraktiken unter den Lohnabhängigen. Die Verteilung des kollektiv gesparten Geldes erfolgte bei letzteren nach dem Rotationsprinzip.“ Die Funktion lokaler Sparkassen war es, „lokale Kleinprojekte von Bauern und Kleinbetrieben mit zinslosen Krediten zu versorgen und gleichzeitig Sozialfürsorge durch einen speziellen *Zakatfund* (arabisch: auf

individueller, freiwilliger Basis bezahlte Almosensteuer) zu betreiben“ (567 f.).

Das Islam-Kapital plädiert für ein liberales Konzept des Staates, d.h. dieser solle Sicherheit und freie Konkurrenz gewährleisten. Ausbeutung wird mit Monopolkapitalismus und Staatsökonomie gleichgesetzt. „Diese Vorstellung ist aus der Sicht des Islam-Kapitals insofern konsequent, als durch die über den Staat vermittelte Monopolstellung gewisse Großunternehmen sowie Finanz- und Handelscliquen von den Begünstigungen profitieren, die sich aus exklusiven Rechten zur Ausbeutung von strategischen Ressourcen, Lizenzen, Kreditvergaben etc. ergeben. Durch die Vermittlung von Finanz- und Handelscliquen sowie bürokratischen Eliten entstehen auf der Basis von Jointventures zwischen dem internationalisierten (vor allem amerikanischen) Kapital und dem Staat exportorientierte Enklaven (Öl, Petrochemie, Textilindustrie, Baumwollproduktion, Agrobusiness, Tourismus) und freie Handelszonen. Dagegen werden mit der Liberalisierung der Ökonomie durch den Wegfall von Subventionen und Schutzzöllen kleine und mittlere Betriebe, die lokal und national agieren und die nicht mit dem Monopolkapital vernetzt sind, vernichtet, da sie der internationalen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert sind und ihre Existenz zusätzlich durch Billigimporte gefährdet wird. Die Konsequenz daraus sind Arbeitslosigkeit, Migration und Lohndumping. ... Daher propagiert das nichtmonopolistische Kapital die ethische und soziale Verantwortung in Konkurrenz zum Staat, dem ausländischen Monopolkapital und den Finanz- und Handelscliquen. Unter diesen Umständen unterstützt es strategisch die kollektiven und genossenschaftlichen Produktionsformen von kleinen und mittleren Betrieben sowie Bauernkollektiven (...) Dieses Kapital versucht auch, sich seinen eigenen ‚inneren‘ Markt zu schaffen, indem es zur Generierung einer islamitischen Konsumnorm beiträgt. Seit Ende der 70er Jahre lässt sich die Tendenz der Durchsetzung von Lebensstilen, Konsumgewohnheiten und kulturindustriell vermittelten Mustern der Freizeitgestaltung islamitischer Prägung beobachten“ (569 f.).

„Im Islam-Kapitalismus offenbart sich die *invisible hand* als eine konservative Strategie der Regulation des Geldes und der Konkurrenz in einem sich neu konstituierenden Raum. Der

²⁴ „Ökonomisch kann das Zinsverbot durch institutionelle, diskursive und finanztechnische Praktiken ad absurdum geführt werden (so z.B. durch die Delegation der Spekulation an stellvertretende, ausländische Geldinstitutionen, durch die Umdefinierung des Zinses in Preis, Dividende oder durch Gewinnbeteiligungen etc.)“ (568). Der Islam-Kapitalismus umgeht so das Problem, dass genausowenig wie Warenproduktion ohne Geld möglich ist, auch kapitalistische Produktion nicht ohne Kredit (sowie weiterentwickelt: Kreditgeld, Aktienkapital etc.) existieren kann. Ein ‚entfesselter‘ Kapitalismus soll eingedämmt werden, dessen zerstörerische Kräfte von einem spekulativen Finanzsystem angetrieben zu sein scheinen – ein ‚guter‘ produktiver Kapitalismus wird einem ‚schlechten‘ spekulativen gegenübergestellt.

Raum des Islam-Kapitals ist indes weniger der Nationalstaat. Lokale, regionale und internationale Räume stellen seine Operationsbezüge dar. Unter seiner Dominanz scharen sich kleine Warenproduzenten, Hausindustrien und neues Kleinbürgertum.“ Ein Baustein dieses „konservativ-liberalen Blocks“ soll ein „neuer Mensch“, ein *jenseits* des Staates konstruiertes Subjekt sein: Der gläubige Muslim, nicht als religiöser Untertan, sondern als politischer Akteur“ (560).

(2) Die ‚neue Welt(un)ordnung‘ (Hirsch, Görg)

(Hirsch a)

Die ‚neue Weltordnung‘ ist nach Joachim Hirsch durch die „fast uneingeschränkte ökonomische und militärische Vorherrschaft der USA“ charakterisiert. Die der Globalisierung zugrundeliegende Internationalisierung des Kapitals setzt die beherrschende Stellung der USA als „Garantiemacht des freien Waren- und Kapitalverkehrs und der für sie maßgebenden rechtlichen und institutionellen Regelungen voraus und stabilisiert sie im Prozess der neoliberalen Globalisierung zugleich. Wenn man so will, benötigt die globalisierte kapitalistische Ökonomie in der durch das neoliberale Projekt hervorgebrachten Form ein politisches und militärisches Zentrum, das gleichwohl nicht die Gestalt eines ‚Weltstaates‘ annehmen kann, sondern die Form eines komplexen Staatenverbundes annimmt.“

„Die neuen internationalen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse drücken sich darin aus, dass sich die Welt nach dem Untergang der Sowjetunion praktisch in eine Gruppe sowohl konkurrierender wie kooperierender ‚starker Staaten‘ – die kapitalistische Triade – auf der einen, die ökonomisch und politisch peripherisierten ‚schwachen‘ Staaten auf der anderen Seite teilt. Damit hat das Nord-Süd-Verhältnis als Konfliktachse eine völlig neue Bedeutung erlangt. Nach dem Untergang der ‚zweiten‘ gibt es auch keine ‚dritte‘ Welt mehr, sondern nur noch Zentrum und Peripherie, die allerdings beide höchst ungleiche sozialökonomische und politische Strukturen aufweisen, in sich stark fragmentiert und geografisch immer weniger eindeutig definierbar sind. Ihren ideologischen Niederschlag findet diese neue Konfliktachse in

der Formel vom ‚Kampf der Kulturen‘, in der Konstruktion einer ‚islamischen Bedrohung‘ und allgemein in der inzwischen geläufig gewordenen Umdefinition politisch-sozialer Konflikte in religiös-weltanschauliche – auf allen Seiten übrigens.“

„... Die Deregulierung und Globalisierungspolitik, mit der die USA ihre ökonomische Dominanz wiedererringen konnten²⁵, bedeutet zugleich den programmatischen Verzicht auf eine politische Gestaltung und soziale Integration der ‚Welt‘-Gesellschaft. Sie setzt wesentlich auf die Wirksamkeit des kapitalistischen Marktmechanismus, dessen politisch und sozial desintegrierende und konflikthafte Folgen notfalls mit Gewalt bearbeitet werden. Die USA beherrschen zusammen mit den kooperierenden ‚starken‘ Staaten die Welt im wesentlichen mit ökonomischen ... und militärischen Mitteln.²⁶ Unter ihrer Führung ist die NATO zu einem globalen, außerhalb der Vereinten Nationen und außerhalb des herkömmlichen Völkerrechts operierende Interventionsinstrument geworden, in dem sich das trotz permanenter innerer Konflikte gemeinsame Interesse der dominierenden kapitalistischen Zentren an der Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Vormachtstellung und damit zugleich an der Stabilisierung der bestehenden ökonomischen Strukturen ausdrückt. Die Folge ist eine vielschichtige Desorganisation der Welt, die sich in wachsenden ökonomisch-sozialen Ungleichheiten auf nationaler wie internationaler Ebene, der Marginalisierung ganzer Weltregionen, der Fragmentierung und dem Zusammenbruch von Staaten mit den damit verbundenen bürgerkriegsartigen

²⁵ In den 80er Jahren schien es so, als hätten die USA diese zugunsten EU-Europas bzw. Japans schon verloren.

²⁶ Insofern kann mehr von einer *Dominanz* als von einer *Hegemonie* der USA gesprochen werden. „Politisch hegemonialen Charakter gewinnt ein Herrschaftsverhältnis [laut Gramsci] dann, wenn es sich nicht nur auf – ökonomische und militärische – Gewalt, sondern auf Konsens stützt Die Schaffung von Konsens bedarf einer politischen Führung, die relevante gesellschaftliche Gruppen und Kräfte einbindet, gewisse politische und materielle Zugeständnisse auch gegenüber den Untergeordneten und Beherrschten durchsetzt und damit Menschen über soziale, kulturelle und staatliche Grenzen hinweg eine gemeinsame Perspektive verspricht. Und genau an dieser Eigenschaft mangelt es der bestehenden ‚Weltordnung‘“ (ebd.).

Konflikten äußert. Die zunehmende Welle von Rassismus, Nationalismus und ‚Fundamentalismus‘ ist eine Folge davon. *Die ‚neue Weltordnung‘ ist in der Tat eher eine sich permanent verstärkende ‚Welt-Unordnung‘.* (Herv. MO)

Damit wird es unmöglich, der ökonomisch globalisierten und politisch-militärisch durch ein Zentrum kontrollierten Welt und den in ihr existierenden sozialen Gruppen, Staaten und Regionen materiell und politisch eine Existenz- und Entwicklungsperspektive zu geben, d.h. sie nicht nur zu beherrschen, sondern ökonomisch und sozial zu stabilisieren. Dazu wäre es nötig, dass die dominierenden Staaten in gewissem Umfang materielle und politische Zugeständnisse machen sowie kooperative internationale ökonomische und soziale Regulierungen akzeptieren, die auch die Interessen untergeordneter und schwacher Staaten, Bevölkerungsgruppen und Regionen berücksichtigen. Und nicht zuletzt müsste dies gegen herrschende Kapitalinteressen durchgesetzt werden ...

Die zu ‚nationale Wettbewerbsstaaten‘ transformierten Staaten des Zentrums, nicht zuletzt die USA, orientieren sich im wesentlichen an der Verfolgung kurzfristiger Kapitalinteressen. Dabei entsteht allerdings kein internationaler ‚Staat des Kapitals‘, sondern die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse reproduzieren sich auf internationaler Ebene, was zu permanenten Konflikten auch zwischen den metropoliten Staaten führt. ... Das Verhältnis zwischen den kapitalistischen Zentren ist also durch außerordentlich komplexe Kooperations- und Konfliktbeziehungen bestimmt. Was sie eint, ist das Bemühen, ihre militärische und ökonomische Vorherrschaft durch permanente Hochrüstung abzusichern. Politische Führung wird in einer ökonomisch, sozial und politisch desorganisierten Welt durch das Diktat von Ökonomie und Gewalt ersetzt. Die herrschende politische Klasse – nicht nur in den USA – scheint in keiner Weise wahrzunehmen, welche Anforderungen die vollmundig propagierte ‚neue Weltordnung‘ politisch tatsächlich stellt.

Zur Struktur dieser ‚Weltordnung‘ gehört auch, dass sich der terroristische ‚islamische‘ und der bis an die Zähne bewaffnete ‚westliche‘ Fundamentalismus, der die metropolitenkapitalistische Lebensweise und ihre Absicherung selbst zu einem quasireligiösen Prinzip erhebt, gegenseitig bestätigen und verstärken. Und da-

hinter stehen ganz klare materielle Interessen. Bundes(auto)kanzler Schröder spricht sie mit bewundernswerter Klarheit aus, wenn er sagt, „wir verteidigen unsere Art zu leben, und das ist unser gutes Recht (FR, 17.10.01). Das z.B. eine gesicherte Ölversorgung ein ganz grundlegender Bestandteil dieses Rechts ist, liegt auf der Hand und wird von einem großen Teil der Bevölkerung durchaus geteilt. Die von den USA betriebene Aufteilung der Welt in ‚Gute‘ und ‚Böse‘ ... passt perfekt in diesen fundamentalistischen Diskurs. ... Die Fragmentierung der Welt, die Schwächung, der Niedergang, die Abhängigkeit und ökonomisch-politische Manövrierunfähigkeit von Staaten, die ökonomische und politische Perspektivlosigkeit wichtiger Weltregionen auf der einen, die absolute militärische Dominanz von USA, NATO und OECD auf der anderen Seite schaffen das politische Feld und das ideologische Klima in dem terroristische Formen der Gewalt gedeihen und eine Legitimation finden können. ... Die Vorstellung, die bestehende ‚Weltordnung‘ mittels von ‚klinischer‘ Militäroperationen und ‚sauberer Kriege aufrechterhalten zu können, hat sich als Illusion erwiesen.“ Hinzu kommt: „Das internationale Kapital hatte zwar ein entscheidendes Interesse an der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierungspolitik, kann von einem ausufernden ‚Welt-Bürgerkrieg‘ und fortgesetzter politischer Instabilität auf längere Sicht aber kaum profitieren.“

(Görg)

Für Christoph Görg sind wir seit dem 11. September einen Schritt ‚weiter‘ als noch im Kosovokrieg und besonders im Golfkrieg: „Stand beim Überfall auf Kuwait die offenkundige Verletzung des Völkerrechts außer Frage – nur die Legitimität dieser feudal-autoritären Oligarchie wurde zuweilen angezweifelt –, und wurde beim Bosnien- wie beim Kosovokrieg die Verteidigung der Menschenrechte noch als Legitimation angeführt – wenn auch der gleichzeitige Verstoß gegen völkerrechtliche Normen wenigstens noch ein Problem darstellte ... – dann spielen heute Völker- und Menschenrechte keine Rolle mehr für die Legitimation dieses Krieges. Seine Legitimation ergibt sich direkt aus der Bedrohung“ Recht wird zu einer ‚Machtressource‘ im symbolischen Kampf um die Rechtfertigung der Gegengewalt degradiert.

Mit dem Ende der ‚Westfälischen Ordnung‘²⁷ gehen Gewalt und Recht eine neue Synthese ein: „Was den eigenen Absichten dient, wird mit einem Mäntelchen der Legitimität umhüllt, das sich aus den unterschiedlichsten dubiosen Quellen speist. Konsistentes Völker- und UN-Recht ist nicht mehr notwendig. Es tut auch der Verweis einen besonderen Notstand. Fast wäre man geneigt, Carl Schmitt nachträglich doch recht zu geben: ‚Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand gebietet‘.“

„Trotzdem spricht die ganze Entwicklung nicht einfach für ein Überholtsein des Nationalstaats Dies kann man schon an der Definition des ‚Terrorismus‘ erkennen. Obwohl historisch immer wieder im Kontext staatlicher Herrschaftsstrategien entstanden ..., definiert die EU Terroristen immer noch allein als Gegner staatlicher Ordnung. Genauso wie die Definition der ‚Schurkenstaaten‘ rein relativ zu den USA erfolgt ..., genauso wird auch die Definition der Terroristen im Sinne des Interesses der wichtigsten Akteure formuliert. Und das nationalstaatliche ‚Gewaltmonopol‘ wird dabei formal bestätigt. Gleichzeitig wird jedoch die Souveränität der Staaten wie ihr ‚Monopol legitimer Gewaltsamkeit‘ faktisch negiert, solange es im Interesse mächtiger Staaten liegt. Beide Tendenzen lassen sich jedoch zwanglos miteinander

der vereinbaren. Staaten werden nur noch als Herrschaftsinstrumente gegen den Teil ihrer eigenen Bevölkerung gebraucht, der der ‚neuen Weltordnung‘, aus welchen Gründen auch immer, feindlich gegenüber steht. Darüber hinaus kann aber ihre Souveränität jederzeit widerrufen werden, sei es, dass sie an dieser Aufgabe scheitern und ‚dem Terror‘ nicht entschieden genug entgegengetreten, sei es, dass sie selbst Interessen verfolgen, die den USA oder der NATO unangenehm sind.

Daher gibt es eigentlich auch keine Kriege im herkömmlichen Sinne mehr – als Auseinandersetzungen zwischen mehr oder weniger als souverän anerkannten Einheiten. Kriege sind quasi endemisch geworden, sind unmittelbar mit den sozialen Verhältnissen verschmolzen, deren aufgestaute Gewaltförmigkeit sie lediglich zum Vorschein bringen. Der 11. September hat dementsprechend nicht nur offenbart, dass der Kampf um ein neues Weltsystem im vollen Gange ist ..., sondern er hat auch die ‚Regeln‘ deutlicher werden lassen, in denen dieser Kampf ausgetragen wird. Und da offenbart sich die ‚neue Weltordnung‘ als eine, in der Kriege keine mehr sind, weil die ‚Evolution des Völkerrechts‘²⁸ sie nicht mehr erfassen kann.“

(3) Der Drei-Ebenen-Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern (Sznajder, Grinberg)

(Sznajder a)

„Die auf dem Nationalinteresse beharrende israelische Position definiert sich heute geradezu als Gegenstück zum globalen Kosmopolitismus. ... Die zionistische Revolution wollte den neuen jüdischen Menschen auf eigenem Territorium erschaffen, konnte dies aber nur im Rückgriff auf schon vorher existierende jüdische Symbolik. Der Zionismus war nie eine universale Ideologie, er wandte sich immer nur an eine bestimmte ethnisch-religiöse Gruppe. Nationale Symbole sind gleichzeitig religiöse Symbole. Israel ist säkulare Heimat *und* heiliger Boden. (...) Die Rückkehr zum ‚Ort‘ ist für Israel ... nicht nur geopolitische Realität, sondern mit der Problematik der Überwindung der Diaspora verflochten. Nur so kann man erklären,

²⁷ Sie bedeutet die Anerkennung der territorialen Integrität souveräner (d.h. ab Anfang des 19. Jahrhunderts national definierter bürgerlicher) Staaten, und etablierte eine internationale Ordnung, die das moderne Staatensystem bis in das 20. Jahrhundert geprägt hatte. „Das relative militärische Machtgleichgewicht zwischen konkurrierenden Staaten und Staatengruppen hatte den einzelnen Staaten einen gewissen politischen und ökonomischen Bewegungsspielraum gewährt und war eine wesentliche Grundlage ihrer wenn auch immer mehr oder weniger begrenzten Souveränität. Ihr ‚Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit‘ (Max Weber) ... beruhte sehr wesentlich auf dieser internationalen Struktur. Seit 1989 existiert dieses Verhältnis praktisch nicht mehr, und damit hat sich der Charakter der Staaten und des Staatensystems grundlegend verändert. Kennzeichnend dafür ist auf internationaler Ebene eine unilaterale ökonomisch-militärische Macht-hierarchie, die sich in der wachsenden Relevanz internationaler Regime und Organisationen ausdrückt. Dies verbindet sich mit einer Verlagerung politischer Prozesse auf regionale und subnationale Ebenen, ein Vorgang, den man insgesamt als Internationalisierung des Staates bezeichnen kann“ (Hirsch 2001 a).

²⁸ Görg bezieht sich auf eine Formulierung von Jürgen Habermas.

warum der Kampf um Territorium in Israel so erbittert ausgetragen wird. Es geht um mehr als nur um Land. Es geht um ‚heilige‘ Verortung. Der Terror kämpft gegen diese Verortung, sieht den Ort unrechtmäßig in Besitz genommen und will den Ort zerstören. Nicht mit politischen Mitteln, sondern mit heiligem Terror.

Der Friedensprozess im Nahen Osten versuchte die Politik zu entheiligen, so wie der globale Einfluss der USA der Welt ihren Heiligkeit nimmt. Terror hingegen holt das Heilige zurück in die Politik, wodurch diese verzaubert wird, weil Tod und Gewalt alle zivilen Errungenschaften überlagern. Terror kennt keinen Kompromiss, man kann sich mit ihm nur militärisch auseinandersetzen. Und gerade hier im Nahen Osten, wo Religion niemals als Privatsache gelten kann, wo Religion und Nation nicht zu trennen sind, ist die Verheiligung der profanen Politik immer präsent.

Gibt es überhaupt noch einen Ausweg? ... Oslo war zum Scheitern verurteilt, weil man nur in Scheidungsformeln denken wollte und sich nicht vorstellen konnte, dass der einzige Weg jenseits des gegenseitigen Mordens darin liegt, die Erfahrung, die Erinnerungen, die Lebenswelten der anderen Seite in das eigene Leben einzubeziehen, ein gemeinsames Schicksal, gemeinsames Leben zu entwerfen, mit anderen Worten: kosmopolitisches Gedächtnis hierher zu verpflanzen. Man sollte also nicht von Identität reden, sondern von Leben. Die Millionen Menschen, die in Israel leben, müssen sich daran gewöhnen, dass hier nichts einfach zu trennen ist, dass die Region vielmehr längst wirtschaftlich und sogar kulturell eine Einheit ist. ... Es geht ... vor allem um die zukunftsbezogene Projektion eines gemeinsamen Gedächtnisses, das ... sich aus der Anerkennung des Leidens des Anderen und der Institutionalisierung dieses Leidens zusammensetzt. Das hieße, dass Israelis anerkennen, was Palästinenser 1948 zu erleiden hatten Und das die Palästinenser aufhören, den Holocaust als zionistische Propaganda abzutun. Dass begonnen wird, sich gegenseitig Geschichten zu erzählen, statt die eigene Geschichte zu Mythen umzubauen.“

(Sznaider b)

Sznaider verweist darauf, dass der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern auf drei

Ebenen ausgetragen wird: Es gibt den *Territorial-*, den *Legitimations-* und den *apokalyptischen Konflikt*. Ist der erste „einfach zu lösen“, man braucht nur „politischen Willen“, so ist es mit der Lösung des zweiten ungleich schwieriger, denn dahinter steht: „Meine Existenz verneint Deine Existenz“.

Dieser Aspekt wurde von den sog. Extremisten auf beiden Seiten ins Spiel gebracht, und sie machen sich es nun im Mainstream gemütlich. Welches sind die Regeln des Legitimationskonflikts? „Für jüdische Israelis sind die besetzten Gebiete kein politisches Territorium, sondern das historische Kernland von Judäa und Samaria. ... Die Präsenz der Palästinenser auf diesen Gebieten hat keine Legitimation. ... Die Palästinenser verfügen über die entsprechende Position: Der Zionismus ist eine Kolonialbewegung und damit Teil der europäischen Ausbeutung der Dritten Welt. Zionisten sind dann vergleichbar mit den Franzosen in Algerien. ... Am Ende gingen die Siedler nach Frankreich zurück.“

Die Forderung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in das israelische Kernland würde aus ganz Israel eine Kolonie, aber eine solche ohne Mutterland machen. „Die meisten jüdischen Israelis haben nicht vor, ‚zurück‘ nach Polen oder Marokko zu gehen“.

„Ein großer Teil der arabischen Welt hat nicht begriffen, dass Israel für seine jüdischen Einwohner zur Heimat geworden ist. Dieses Unverständnis macht es für viele Araber einfach, Israel als Teil eines westlichen Unterdrückungssystems zu sehen – und das eigene Anliegen als die natürliche Fortsetzung des antikolonialistischen Kampfes zu verstehen. Dieses Bewusstsein, zu den ‚Verdammten dieser Erde‘ zu gehören, wird ihnen von großen Teilen der globalen Linken bestätigt“

„Seit dem 11. September wird ein weiterer Tanz aufgeführt. Die erotische Faszination des Todes, die heilige Rache am Satan in New York, die Verbindung von Amerikahass und Judenhass ... haben auch im Nahen Osten ihr Echo gefunden. Es geht dann nicht mehr nur um Entkolonialisierung, sondern um die Auslöschung des Anderen – auch und gerade, wenn der Andere als militärisch und politisch überlegen gilt. In diesem apokalyptischen Konflikt gibt es keine Regeln mehr.“ Der „erotische Reiz der Auslöschung“ geht über altbekannte „Zi-

vilisationskritik nach bester Nietzschanischer und Heidegger'scher Manier hinaus, übt aber anscheinend auch unter deren Anhängern große Faszination aus“.

„Die Energie, welche die hier fliegenden Bomben antreibt, ist aus allen [drei] Konflikten zugleich zusammengesetzt. Das macht es so gut wie unmöglich, die Sache in den Griff zu bekommen.“

(Grinberg)

Sznaiders Landsmann Lev Grinberg kritisiert unter der Überschrift „Die Arroganz der Besatzer“ die israelische Regierungspolitik noch wesentlich schärfer. „Arroganz und Paternalismus liegt jeder Besatzung zugrunde; die israelische Okkupation bildet keine Ausnahme. ... Auch durch das Osloer Friedensabkommen war keine wirkliche Veränderung erkennbar. Das [besetzte] Land gehört uns, den Israelis, wir sind seine Herren; die Palästinenser müssen mit dem zufrieden sein, was wir ihnen anbieten. Man ‚überließ‘ Arafat Jericho und Gaza und gewährte ihm eine Probezeit. Sollte er den Test bestehen, würde er mit zusätzlichem Land belohnt – wenn nicht, würde der Prozess angehalten, wie Rabin öffentlich verkündigte. Von Arafat wurde erwartet, das zu gewährleisten, was die israelische Armee nicht zu Stande brachte: Sicherheit für Israel. Von der Sicherheit und Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes allerdings war keine Rede. Arafats Macht basierte nicht so sehr auf dem Willen seines Volkes und dessen legitimen Rechten, sondern auf Israels Einwilligung. ...

Was hat Israel im Zuge des Oslo-Prozesses als Gegenleistung erbracht? Einige größere palästinensische Städte wurden freigegeben – und ein wenig Land in deren unmittelbarer Nachbarschaft. Gerade so, wie es Israel passte. Man gestattete Arafat, Regierungsbeamte einzusetzen und Polizisten aufzustellen, verweigerte ihm aber zusammenhängende Gebiete und territoriale Souveränität. Weder verzichtete Israel auf militärische Kontrolle, noch ermöglichte es die Schaffung eines palästinensischen Staates oder gewährte wirtschaftliche Unabhängigkeit. Man zog sich nicht zu den Grenzen von 1967 zurück und trug nichts zu einer Lösung der besonders schwierigen Probleme bei – wie etwa Jerusalem oder die palästinensischen Flüchtlinge. Nicht einmal den Siedlungsbau in

den besetzten Gebieten hat Israel beendet oder auch nur zeitweilig unterbunden.

Wenn wir, die Israelis, unsere Arroganz und unsere Position als Besatzungsmacht nicht überdenken, wird sich die gegenwärtige Spirale des Blutvergießens nur noch schneller drehen – mit oder ohne Arafat. Europa, das einst gleichsam zum Zeugnis für die Arroganz der Besatzung bzw. Kolonialisierung wurde, sollte nicht den Fehler begehen und diese Haltung aufs Neue einnehmen – selbst dann nicht, wenn es sich um den jüdischen Staat handelt.“

Nachtrag zum Abschnitt I (4'02)

Nach Olivier Roy (2002)²⁹ ist im Gefolge der Globalisierung eine *neue islamistische Strömung* entstanden, die insbesondere jungen Muslimen, die nicht in ihrem ‚Heimatland‘ sondern in der Fremde leben (Emigranten, Exilanten oder Studenten), eine neue Heimat, ein neues ‚warmes Haus‘ bietet. Sie schließt eine religiöse „Marktlücke“. Denn die „klassischen“ Vertreter der islami(s)tischen Bewegungen – die türkische Wohlfahrtspartei (Refah, einschließlich Nachfolgeparteien), die algerische Heilsfront (FIS), die libanesische Hisbullah, die palästinensische Hamas und auch Teile der ägyptischen Muslimbrüder – „sind entweder unterdrückt oder durch Teilhabe an der Macht gezähmt worden. Sie sind, wie Hamas und Refah, heute eher nationalistische denn islamische Bewegungen“.

Dieser „Neofundamentalismus“ (Roy) bietet den neuen Bedürfnissen einer über die Welt verstreuten muslimischen Bevölkerung die „perfekte Lösung: Als Antwort auf die Erfahrung des Identitätsverlustes bietet er eine Neufassung des Islams mit universeller Geltung, in dem lokale Traditionen und Gebräuche keine Rolle mehr spielen und der darum allen Gesellschaften angepasst werden kann. Er definiert die globalisierte Welt als eine Art virtuelle Umma [islamische Gemeinschaft], die nur noch durch die gemeinsame Anstrengung aller Muslime verwirklicht werden muss. Dieser Appell ergeht nicht mehr an die bestehenden Gemein-

²⁹ Ich beziehe mich auf seinen Artikel: Virtuelle Umma. Die islamistische Antwort auf die Globalisierung. In: *LE MONDE diplomatique* 4'02, S. 3

schaften, sondern an isolierte Einzelne, die Rückhalt in Glauben und Identität suchen. Den Neofundamentalisten ist es damit gelungen, die Globalisierung zu islamisieren – was als Bedingung für das Entstehen einer weltweiten Gemeinschaft der Muslime gesehen wird, vorausgesetzt, die heute vorherrschende westliche Kultur amerikanischen Zuschnitts wird entthront. Damit tun die Fundamentalisten nichts anderes, als den US-amerikanischen Universalitätsanspruch spiegelverkehrt nachzubilden: Mc-Halal (halal = recht-mäßig)

Der Islam der Neofundamentalisten ist reduziert auf ein schlichtes System von Verhaltensregeln als Gebrauchsanleitung zur Rechtgläubigkeit, die in der afghanischen Wüste ebenso funktionieren soll wie an der amerikanischen Universität und die von der Verschiedenheit der Lebensweisen nichts wissen will.“ Das Beharren der Fundamentalisten auf die Umma ist ein Angebot an jene Muslime, „die sich keiner der bestehenden Nationen und keinem Territorium mehr zugehörig fühlen. Diese imaginäre Umma ist durchaus konkret: Sie gehört zu einer globalisierten Welt, in der sich die Vereinheitlichung von Sprache und Verhalten entweder nach dem vorherrschenden amerikanischen Modell (mit McDonald's und der englischen Sprache) vollziehen wird oder nach dem imaginären Gegenmodell (mit weißer Dschellaba, Bart und – der englischen Sprache).“³⁰ – Nach Roy besteht zwischen der Fortentwicklung des Neofundamentalismus und dem Terrorismus allerdings keine automatische Verbindung.

Dieser ‚neofundamentalistische Islam‘ greift auf den saudi-arabischen Wahhabismus zurück, bzw. bei der Ausbreitung dieser neuen Spielart des Islamismus haben die Saudis eine entscheidende Rolle gespielt. Er zeichnet sich, wie sein Vorbild, durch eine buchstabengetreue Schriftgläubigkeit der heiligen Schriften aus³¹ und

³⁰ Nach Roy hat die Haltung der Neofundamentalisten Ähnlichkeit mit den Positionen protestantischer fundamentalistischer Sekten, die ebenfalls „ihren Moralkodex über jede Kultur stellen“. Für beide Gruppen ist die „spirituelle Wiedergeburt (*to be born again*)“ ein zentrales Motiv.

³¹ Vgl. IV. 4, B 3 a-d, 5 a,b. – Der Wahhabismus relativiert die Errungenschaften der großen islamischen Kulturen der Welt (von Spanien / Marokko, Schwarzafrika bis nach Indonesien) und bezieht sich auf die hanibalistische, die schriftgläubigste unter den vier Rechtsschulen des Islam. Der islamische

lehnt alles, was nicht ‚ursprünglich islamisch‘ ist ab, wobei Letzteres sich auf die Gründungszeit des Islam einschließlich der vier unmittelbaren Nachfolger (der ‚rechtgläubigen‘ Kalifen) des Propheten bezieht. Entscheidend sind Rechtsgutachten nach dem Koran (Fatwas) und scharf definierte Ge- und Verbote.

„Diese fundamentalistische Bewegung hat sich jedoch in höchst unterschiedlichen sozialen und politischen Zusammenhängen etablieren können. Eine Vereinigung wie die ‚Dschamaat at-Tabligh‘ ist unpolitisch und gesetzestreu. Aber überall in Europa verkünden die Imame am Freitag in den Stadtteilmoscheen, dass Mädchen den Schleier tragen und nicht am Sportunterricht teilnehmen sollen, dass Muslime Frauen nicht die Hand geben ... sollen. In London rufen Prediger wie Abu Hamsa und Omar Bakr zum Dschihad auf. Mit sehr radikalen Parolen tritt die in London residierende Hisb ul-Tahir (Partei der Befreiung) an, die ihre Anhänger unter den jungen Muslimen der zweiten Einwanderergeneration rekrutiert. Sie ruft zur sofortigen Wiedererrichtung des Kalifats auf und lehnt jede Teilnahme am sozialen und politischen Leben des Aufnahmelandes strikt ab, hütet sich aber, vom Dschihad zu sprechen.“³²

Dagegen predigen Organisation wie die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) in Algerien oder die al-Qaida den Dschihad. „Al-Qaida hat sich auf die USA eingeschossen, die GIA hingegen propagiert zwar auch ein Algerien ohne Christen, richtet ihren Kampf aber vor allem gegen die anderen Muslime, allen voran gegen die Islamische Heilsfront (FIS), die nicht mit der GIA zusammengehen wollte. An Widersprüchen und Fehden fehlt es ohnehin nicht: So kritisieren die Salafisten³³ die von der Dschamaat at-Tabligh eingeführten ‚Neuerungen‘ wie die Aussendung von Missionaren; die Anhänger von Ussama Bin Laden verabscheuen die sau-

Lehrstoff wird zugunsten kürzerer Anleitungen verknüpft, die Ausbildungsdauer der Koranglehrten von 15 auf 4 Jahre verkürzt.

³² In Deutschland aktivieren sich ähnliche Gruppierungen. Siehe Werner Schiffauer 2000: Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland. Ffm.

³³ ‚Salafisten‘ (von al-aslaf = die Ahnen – die Rechtgläubigen in der Gründerzeit des Islam) nennen sich die Anhänger der Strömung selbst, die eine buchstabengetreue Auslegung des Korans vertreten.

dische Monarchie, und Hisb ul-Tahrir ist nicht bereit, sich dem von Bin Laden propagierten Dschihad anzuschließen. Kern der Auseinandersetzung ist die Frage, welchen Zielen der Dschihad dienen soll. Gemeinsam ist diesen Gruppierungen eine strenge Anwendung der Scharia, die Ablehnung kultureller Autonomie und die Verpflichtung des Einzelnen zur strengen religiösen Praxis.“

Anhang (4)³⁴

A (2) Sind bestimmte ‚okzidentale Werte‘ universalisierbar?; **B** Exkurs islamischer Orient – Okzident: (3) Auch ein Universalismus: der islamische Fundamentalismus; (4) Wovon die Chancen einer „kulturellen Bewältigung der Aneignung der Moderne“ bzw. der Demokratie in Nahost vordringlich abhängen; (5) „Den Verstand entschleiern“. Reflexive Koranlektüre; (6) Die ewigen Wahrheiten der dominanten westlichen Ideologie. Weltweite Homogenisierung nach dem Kapitalismus in seinem westlichen Modell? (7) Kulturdifferenzialistische Meisterschaft

(A) 2. Sind bestimmte ‚okzidentale Werte‘ universalisierbar?

(2a) Der schon zitierte Taguieff (255) leitet seine Überlegungen zur Antinomie zwischen evolutionärem Universalismus und Kulturrelativismus mit den Hinweis ein, daß ein absoluter Kulturrelativismus im Nicht-Urteil mündet (Nazi-Kultur, Khomeny-Kultur) und eine einfache Verwendung des universalistischen Bezugs auf die Menschenrechte letztendlich zur Forderung kommt, daß notwendiger-, ja fatalerweise „die Dampfwalze des Fortschritts jedes Volk zur gleichen Kultur führen werde“ (Castoriades); man muß also nichts tun, nur warten. Allerdings haben sich die „anderen“ „zumeist eher mehr als weniger einigen Instrumenten der okzidentalen Kultur angepaßt, und ein Teil dieser Werkzeuge gehört zum identitären Ensemble des Westens. Aber dies gilt keineswegs für die imaginären Signifikationen der Freiheit, der Gleichheit, des Rechts, der endlosen Fragen. Der weltweite Sieg des Okzidents ist ein Sieg der Maschinenpistolen, der Jeeps und des Fernsehens – nicht der eines *habeas corpus*, der Souveränität des Volkes, der Verantwortung des Staatsbürgers.“ So das von Castoriades³⁵ skizzierte „enttäuschende Gemälde“.

Das theoretische oder philosophische Problem, das in der Antinomie zwischen evolutionärem Universalismus und Kulturrelativismus verkörpert ist, entpuppt sich für Castoriades als „eines der hauptsächlich politischen praktischen Probleme unserer Epoche, das sich erst durch die augenscheinliche Antinomie im Kern unserer eigenen Kultur voll entfaltet. (...) Wir beanspruchen gleichzeitig, sowohl eine Kultur unter anderen zu sein als auch, daß diese Kultur einzig in dem Sinne sei, daß sie die Andersartigkeit der anderen anerkenne (was es noch nie vorher gab und was die anderen Kulturen nicht erwidern) und daß sie imaginäre soziale Bedeutungen und Regeln, die sich hieraus ergeben, aufgestellt haben, die einen universellen Wert hätten: die Menschenrechte, um das einfachste Beispiel zu nehmen.“

(2b) Was tun, fragt Taguieff. „Wir sehen uns zwei möglichen, symmetrischen Formen der ideologischen Korruption gegenüber: 1) nach der Forderung zu handeln das *alle* Werte der okzidentalen Zivilisation in den Verhaltensweisen aller Menschen verkörpert sein müssen (Korruption der universalistischen Forderungen); 2) nicht zu handeln, nicht einmal zu urteilen in dem Glauben, der relativistischen Norm des gleichen Respekts für alle Formen und kulturellen Praktiken zu folgen (Korruption des ‚Rechts auf Differenz‘, der ‚Achtung der kulturellen Identitäten‘). Das bedeutet alles aufzwingen einerseits oder alles akzeptieren andererseits“ (256 f.).

Das Dilemma kann überwunden werden, die Lösung besteht darin, „darauf zu bestehen, daß *bestimmte* Werte, die sich im Okzident entwickelt haben, als *universalisierbar* verteidigt werden müssen. (...) Die Position und die Verteidigung universalisierbarer Normen und Werte erlaubt es, das Dilemma des abstrakten Universalismus und des ethnozentrischen Partikularismus zu überwinden, die sich politisch in einem ‚xenophagen‘, uniformierenden Imperialismus und in einem xenophoben, differentialistischen Nationalismus ausdrücken. Die Menschenrechte, als individuelle Rechte aller

³⁴ Auszug aus Ohm, Manfred 1993 / (98): Probleme einer Programmatik der Interkulturellen Bildung und Erziehung, C (Kulturrelativismus versus Evolutionärer Universalismus) 2 – 7, S. 25-41

³⁵ Alle Castoriades Zitate zitiert nach Taguieff (256, 258)

Menschen, sollten daher nicht auf eine einfache ideologische Erfindung des 'erobernden Okzidents' reduziert werden, als eine nur für den Okzident gültige Komponente des okzidental Modells kultureller Organisation dargestellt oder als Überbleibsel eines kolonialen Diskurses zurückgewiesen werden" (ebd. 257). „Die Menschenrechte sind universalisierbar, weil die Forderung nach Gleichheit und der Imperativ der Achtung der individuellen Freiheiten (d.h. des Anderen) nicht einen einfachen soziohistorischen *Ausdruck* eines spezifischen kulturellen Ensembles konstituieren" (ebd. 258).

„Jeder Relativismus ist immer ... ein Absolutismus“, schreibt Castoriades. „Er behauptet, er könne das, wovon erspricht, durch eine Aufzählung der Beziehungen oder dessen, was er dafür hält, vollständig beschreiben. Er muß zugeben, daß die Gesamtheit der Beziehungen bestimmt und bestimmbar ist. Das Problem entsteht aber erst durch die Tatsache, daß ... die Beziehungen existieren und daß sie ihr Objekt nicht erschöpfend beschreiben.“ Mit Honneth kann ergänzt werden, daß ein konsequenter Partikularismus „eine universalistische Moral der Anerkennung von kulturellen Differenzen voraussetzt, deren Sinn gerade darin besteht, jenen Spielraum für kulturelle Differenzen auch wieder normativ einzuschränken. (...) Nicht die Absicht der Begründung von universalistischen Normen überhaupt, sondern nur deren abstrakte, nämlich kontextblinde Anwendung auf jeweils lokal geprägte Situationen ist es, was (man) an den Projekten einer kontextüberschreitenden Moralbegründung kritisieren kann.“³⁶

Taguieff schließt seine Ausführungen mit dem Postulat: „Das, was 'bei uns' gedacht oder geschaffen wurde, hat keinerlei innere Bestimmung dazu, nur 'für uns' zu gelten (oder: nur für uns etwas wert zu sein): dies ist der formale Inhalt des Anspruchs aus Universalität" (ebd. 259).

(2c) Diesem Postulat ist in seiner (formalen) Allgemeinheit sicher zuzustimmen, wobei ihm impliziert ist, das 'bei uns' und 'für uns' durch ein *woanders* und *für die anderen* zu ergänzen. Zu fragen ist allerdings, was Castoriades (siehe oben) anklingen läßt, wie sich der proklamierte Universalismus der Menschenrechte im jeweiligen Kontext „interessengeleiteter Wendungen" vollzog und bis heute auch „herrschaftslegitimierendes Instrument bis hin zur Intervention" (Beispiel zweiter Golfkrieg) geblieben ist (vgl. Melber 1992 b, 90). Mit anderen Worten: Die Verteidigung der universellen Werte der Menschheitsentwicklung gerät in seiner praktisch-politischen Handhabung leicht dazu, einen „hausgemachten Gegner" nicht als Produkt der industrie-kapitalistischen Indienstnahme bestimmter Gegenden des Erdballs zu bestimmen, „vielmehr als mutwilligen Aggressor und authentische Aktualisierung der vom Entwicklungsstandpunkt als zurückgeblieben betrachteter Stufen des sozialmoralischen Lernen" aufzufassen.³⁷

Melber verweist darauf, daß die Konkretisierung der „Grenze zwischen dem Recht auf Respektierung einer spezifischen Singularität und dem Zwang zur Unterordnung unter einer normativen Allgemeinheit" für eine handhabbare Praxis noch zu leisten bleibt (ebd. 94).

(B) Exkurs: Islamischer Orient – Okzident³⁸

3 Auch ein Universalismus: der islamische Fundamentalismus

³⁶ Honneth, Axel (1991), zitiert nach Melber(1992b, 92)

³⁷ Siehe Creydt 1992a, S. 16; vgl. auch ders.: Dan Diners „Krieg um die Erinnerung" – Was man „postsozialistisch" über den Golfkrieg und die 'Linke' denken soll. In: *links* 265, 6'92, S. 39 - 41

³⁸ Bis auf zwei Autoren (C 7) werden hier zur Darstellung des islamischen Orients, zum islamischen Fundamentalismus bewußt nur arabisch-orientalische AutorInnen herangezogen. (IF = Islamischer Fundamentalismus, islamische(r) Fundamentalist(en), F = Fundamentalismus, - talist)

(3a) Am Beispiel des islamischen Fundamentalismus, dem „islamischen Erwachen“, wird der Widerstand der außereuropäischen Völker gegen die „Verweltgesellschaftung des (westlichen) Zivilisationsprozesses“ besonders deutlich, und zwar als eine „Gegen-Akkulturation“ und politisch als „Revolte gegen den Westen“ (vergl. Tibi 1992a, 18). Diese ist laut Tibi nicht nur ein Widerstand gegen eine ungerechte Verteilung der materiellen Güter: „Sie richtet sich auch und vor allem gegen Normen, Werte, Spielregeln und Prozeduren, die der aus der kulturellen Moderne und der techno-wissenschaftlichen Modernität hervorgegangenen Weltordnung zugrunde liegen“ (Tibi 1992b, 32). Die normativen Positionen des IF entsprechen nicht einem islamischen Traditionalismus, der IF ist kein solcher, sie sind laut Tibi vielmehr ein Produkt des gescheiterten islamischen Versuchs, sich die „Moderne instrumentell anzueignen“ (vgl. ders. 1992a, 18). Sich die Moderne anzueignen heißt vor allem, eine selektive Aneignung von Elementen der Modernität zu vermeiden³⁹ und das *Reflexiv-Werden des Religiösen im kulturellen System zuzulassen*. Dies meint, den Glauben an die unwiderstehbare Autorität des Koran-Textes (Skripturalismus) als eines der Grundhemmnisse für Lernprozesse auszuschalten. Es gibt aber „im Islam keine Möglichkeit, den Text selbst zu hinterfragen; textkritischer Umgang und reflexive Lektüre gelten bereits als Häresie“ (Tibi 1992a, 81). Genau dieses Reflexiv-Werden verhindert der IF: Moderne Wissenschaft und Technologie sollen ausschließlich auf der Basis der islamischen, theozentrisch dominierten Weltansicht übernommen werden, sozusagen eine Aneignung der Moderne, ohne sich jedoch vom „absoluten Wissen“ zu verabschieden. So sinngemäß der IF al-Attas, und um einen anderen F wörtlich zu zitieren: „Das Streben nach Wissen ist im Islam nicht Selbstzweck; es ist nur ein Mittel, um Gott zu verstehen und die Probleme der muslimischen Gemeinschaft zu lösen Vernunft und Streben nach Wissen ... sind den Werten und der Ethik des Korans unterworfen“ (H. Sadr, zitiert nach Tibi 1992a, 37).

Für Tibi (ebd. 39) lautet die Lehrbuchdefinition des F so: „Modernität ist nur selektiv auf der Basis des Textgläubigkeit zu übernehmen, wobei der Rückgriff auf den verabsolutierten Text unter raumzeitlichen Bedingungen ebenso selektiv folgt, wenngleich dies ohne ein Bewußtsein von der Selektivität des Skripturalismus geschieht.“

(3b) Die zentrale Frage, ob „Modernität teilbar“ ist, „dekonstruierbar“, wird vom IF natürlich nicht gestellt. Für ihn „... läßt die islamische Offenbarung keinerlei Raum für Autonomie und Subjektivität des Menschen ..., das Wissen (ist) ... stets göttlichen Ursprungs“; jedes richtige Wissen stammt von Gott (ebd. 39f). Die Muslime, so Tibi, gründen ihre Schriftgläubigkeit auf den Koran-Vers: „Allah hat euch aus dem Leib eurer Mutter hervorgehen lassen, bar jeden Wissens, und gab euch Ohren und Herzen, so daß ihm euer Dank gebührt“ (Koran, Sure 16, Vers 78). Die heutige fundamentalistische Interpretation dieses Verses besteht in der Kontrastierung des islamischen Weltbilds und des Subjektivitätsprinzips der kulturellen Moderne. Das Subjektivitätsprinzip gewährt individuelle Autonomie, kann aber keine *Sicherheit* bieten (Hervorheb. M.O.). In einer sich radikal verändernden Welt brauchen leidende Menschen sicheres absolutes Wissen über den Kosmos, das das Leben in dieser unsicheren Welt erträglich macht. Der F kann eine solche kulturell und psychologisch benötigte Sicherheit bieten. Dagegen definiert die Moderne den Menschen als *res cogitans*, als autonomes, von sich aus zum Erwerb von Wissen fähiges Subjekt. Diese Sichtweise ist den Muslimen kulturell fremd und bietet kein Allheilmittel in einer umfassenden Krisensituation“ (ebd. 89f.). Ausgehend vom „Prinzip der Subjektivität als Selbstgewißheit“ der westlichen Moderne kann der „Versuch der muslimischen F, das Wissen zu entwestlichen, als ein Versuch zur Umkehrung der ‘Entzauberung der Welt’ (Weber) und als eine Revolte gegen den Kartesianismus interpretiert werden“ (ebd. 138). Muslimische F stellen sich nicht gegen Wissenschaft und Technologie schlechthin, schon gar nicht gegen die

³⁹ Tibi (1992a, 38) verweist auf R. Bendix, der grundsätzlich zwischen Modernisierung und Moderne unterscheidet. Modernisierung kann in bestimmten Lebensbereichen auftreten, ohne zu Modernität zu führen.

Kriegstechnologie⁴⁰, sondern wenden sich gegen den „philosophischen Diskurs der Moderne“. „Durch die Unfähigkeit IF, diese Substanz moderner Wissenschaft kulturell zu indigenisieren, können ihre techno-wissenschaftlichen Strategien für die Zukunft nichts zur kulturellen Bewältigung der Aneignung moderner Wissenschaft beitragen und enden im ‘Traum von der halben Moderne’. Die islamischen ‘entwestlichten’ Wissenschaften tragen dennoch westliche Züge, da sie vom Westen trotz aller ideologischen Beteuerungen imitativ importiert werden; sie werden nicht von den Muslimen selbst sozial produziert. Die Abhängigkeit von westlichem Know-how und von Ersatzteillieferungen für die eingeführte Technologie verstärkt den Importcharakter und das Nicht-Verwurzelte in der Welt des Islams; dies zementiert die ideologisch bekämpfte, aber mangels eines islamischen Könnens-Bewußtseins weiterhin real bestehende strukturelle Abhängigkeit vom Westen.“ (ebd. 165)

(3c) Trotz aller strukturell verbindenden Elemente ist die moderne Welt durch „kulturelle Vielfalt“ geprägt, schreibt Tibi. Er zitiert H. Bull: „Das Zusammenrücken des Globus schafft, obwohl es für die Gesellschaften ein bisher nicht gekanntes Maß an gegenseitigem Bewußtsein und Interaktion mit sich brachte, noch *keine Vereinheitlichung der Sichtweisen ...*’. Das Resultat dieser Entwicklung ist die Gleichzeitigkeit von verbindenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen und *einer die Menschheit spaltenden kulturellen Fragmentierung.*“ Der IF reagiert um so heftiger „defensiv-kulturell“, „je stärker die technisch-wissenschaftliche Herausforderung wird. Die Beobachtung unterstreicht die Aporie, daß mit der Universalisierung von moderner Wissenschaft und Technik eine Wiederbelebung der ihr widersprechenden autochthonen kulturellen Muster einhergeht“ (ebd. 35).

Unter Verweis auf Blochs „Prinzip Hoffnung“ führt Tibi einige Passagen vorher aus (ebd. 25f.): „Die Hoffnung auf die Verringerung der Spannungen in der Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem basiert nicht auf dem naiven Glauben einer Universalisierung der Moderne unter den Bedingungen der Gleichzeitigkeit. Eine Weltkultur, als eine universalistische Perspektive, wird es angesichts der Persistenz der kulturellen Vielfalt mit Gewißheit niemals geben. Aber ungleichzeitige Kulturen, die bisher keine Aufklärung gekannt haben, können Werte und Normen der demokratischen Kultur von Rationalität und Säkularität ... aufnehmen und indigenisieren, d.h. zu einem Bestandteil des eigenen Systems werden lassen. Wir haben in unserer Welt nicht nur die Parallelität von struktureller Globalisierung und kultureller Fragmentierung, sondern auch die Gleichzeitigkeit der Gegensätze einer ‘World Time’ und der individuellen Zeiten einzelner Kulturen. (...) Die Gleichzeitigkeit von IF und des europäischen Projekts der kulturellen Moderne ist keine Gleichzeitigkeit von Verschiedenem, sondern von Ungleichzeitigem.“

Die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem kann generell durch eine globale Gleichzeitigkeit nicht aufgehoben werden: „Eine universell gültige europäische Gleichzeitigkeit ist ein abendländisches Vorurteil. Dieses Vorurteil impliziert eine evolutionistische Denkweise, der zufolge der Unterschied zwischen heutigen Standards im Okzident und Orient ein solcher der Phasenverschiebung wäre, die irgendwann einmal behoben werde. Die Hoffnung auf eine Aufklärung im Islam an der Schwelle zum 21. Jahrhundert basiert ... auf einem utopisch normativen Wunsch und soll keineswegs die Annahme irgendeines determinierten evolutionären Zwangs ausdrücken. *In den durch Vielfalt gekennzeichneten Kulturen unserer Welt* existieren solche evolutionären Zwänge nicht. Hier *gibt es keinen Platz für Evolutionismus.* Die Hoffnung auf interkulturell geteilte universelle Werte – wie z.B. Menschenrechte und rationaler, toleranter Diskurs – sollte jedoch trotz einer Zurückweisung des Universalismus nicht aufgegeben werden“ (ebd. 63; Herv. MO).

(3d) „Kultursoziologisch ist der fundamentalistische islamische Revivalismus Ausdruck einer defensiv-kulturellen Reaktion auf die Herausforderungen der westlichen Moderne. Ideologisch artikuliert

⁴⁰ „Die Absage an die Verwestlichung ist jedoch keine Zurückweisung moderner Technologie, vor allem nicht der Kriegstechnologie“ (Tibi 1992a, 66).

sich diese Defensivkultur aggressiv; dabei will sie nicht nur defensiv gegen die westliche Penetration vorgehen, sondern durch einen militärischen Sieg über die erklärten westlichen Feinde offensiv werden, auch wenn dies unter den gegen-wärtigen Bedingungen nur Wunschenken bleibt. Mit anderen Worten: Es geht nicht um die Aneignung der Moderne, mit dem Ziel, die Kluft zwischen Orient und Okzident zu schließen, sondern primär darum, die gesamte Welt nach dem eigenen universalistischen Design islamisch zu gestalten. Es ist dabei niemals die Rede von kulturellem Relativismus, geschweige denn von gleichberechtigter Pluralität der Kulturen nach dem Prinzip der Vielfalt. Der F ist deshalb nicht nur der Traum von einer 'halben Moderne', sondern auch der Traum von einer islamischen Weltherrschaft" (ebd. 79). Der IF ist m.a.W. ein Universalismus für die gesamte Menschheit. Es geht um den Austausch des europäischen Universalismus der Aufklärung gegen einen anderen: den Islam (vgl. ebd. 20).

Der religiöse F ist des weiteren eine „politische Ideologie und keine Renaissance der Religion. Er operiert auf der Basis von Zwang und ist 'irrational intolerant'⁴¹. Religion ist transzendental und Ausdruck des ursprünglichen menschlichen Traums vom Paradies (Bloch: Thomas Münzer), sie ist also ein ursprüngliches Bedürfnis, das die Philosophen der Aufklärung in ihrem antireligiösen Eifer verkannt haben. Aber das wahrhaft Religiöse der Religion kann nur nach ihrer Entpolitisierung zutage treten, d.h. nach ihrer Befreiung von Ideologie und Zwang. In dieser Hinsicht ist eine nicht mehr anti-religiös gesinnte Säkularisierung weit mehr als nur eine Trennung von Religion und Staat/Politik. Zum einen schützt eine solche Säkularisierung die Religion vor politischem Mißbrauch, zum anderen beseitigt sie die vorhandenen religiös bedingten Barrieren zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturgemeinschaften. Politisierte Religionen dagegen ... bereiten den Nährboden ... für Konflikt und Gewalt unter der religiös gespaltenen Menschheit" (1992b, 220). (Siehe Beispiele schlechter Wirklichkeit in Indien, Konflikt zwischen Aserbeidschan und Armenien, Sudan ...)

Tibis Fazit (1992b, 229): „Solange aufgeklärte islamische Denker in ihrer eigenen Kultur nicht zum Zuge kommen, IF selbstherrlich jede Kritik als Verschwörung gegen den Islam abweisen und es ablehnen, ihre Kultur geschichtlich zu betrachten, solange sie ihren Geist nicht von Schrift- und Buchstabengläubigkeit befreien und sich so ihrer intellektuellen Ketten entledigen, solange werden sie keine adäquaten Antworten auf die Herausforderungen der modernen globalen Zivilisation finden. Diese Herausforderungen werden sie nur weiter in die kulturelle und politische Defensive drängen.“

Kritische Anmerkungen zu Tibis Thesen

(3e) Dieses Fazit und die gesamten Ausführungen von Tibi machen deutlich, daß er die Gründe für die tiefe gesellschaftliche Krise, in der der (arabisch-)islamische Orient steckt – und seinen Ausdruck gerade auch im Islamischen Fundamentalismus findet – vornehmlich in dessen eigenem Haus verortet. D.h., endogene Faktoren spielen die entscheidende Rolle bei der Produktion von gesellschaftlicher Unterentwicklung.

– Islamische Fundamentalisten sehen das natürlich anders. Für sie gab/gibt es 'trojanische Pferde' des Westens: Die *frühen liberalen muslimischen Reformer* des 19. Jahrhunderts und der Jahrhundertwende (die „offen für Europa und für die Annahme kultureller Innovationen waren und dennoch eine Trennung von Religion und Politik nicht befürworteten" und scheiterten, weil sie „diesen fortwährenden Gegensatz nicht bewältigen (konnten)“) und die *Säkularisten / arabischen Nationalisten* (die für eine „Trennung von Religion und Politik (zwar) offen (waren), doch ging die

⁴¹ Tibi benutzt einen von T. Asad bewußt tautologisch eingesetzten Begriff.

Säkularisierung bei ihnen über das Normative nicht hinaus; es fehlte das erforderliche sozialstrukturelle Substrat als Entsprechung zur Norm” (Tibi 1992a, 83). Das antiwestliche Selbstverständnis der Islamischen Fundamentalisten richtete sich bezogen auf diese beiden Gruppen – wobei die Gruppe Säkularisten und/oder Nationalisten heute noch ihre Anhänger haben – insbesondere gegen die Repräsentanz des Westens im eigenen Lager.) Hinzu kommen für Islamische Fundamentalisten direkte Interventionen des *imperialistischen Westens*, der als wiedererstandener ‘Kreuzritter’ perzipiert wird. Imperialismus steht für die von Anfang an beabsichtigte und weiterhin betriebene politische Schwächung der eigentlich doch einigen Araber, nicht für ein historisch gewordenes Produktionsgefälle auf dem Weltmarkt, das dem von vornherein ökonomisch Schwachen noch weiter schwächt. –

Mit seinem Insistieren auf endogene Faktoren versucht Tibi seinen arabischen Landsleuten klarzumachen, daß sie es sich zu leicht machen, wenn sie den Niedergang und Verfall der glorreichen eigenen Vergangenheit ebenso wie die eigene gesellschaftliche Unterentwicklung auf absichtsvolles westliches Handeln und dahinterstehenden „Verschwörungen” zurückführen. Die kulturelle Bewältigung der Aneignung der Moderne gelingt der (arabisch-)islamischen Welt deshalb nicht, so kann man Tibi interpretieren, weil der *Wille* fehlt, der Wille mehr als eine nur selektive Aneignung (von Elementen) der Moderne zu betreiben, das Reflexiv-Werden des Religiösen zuzulassen, Autonomie und Subjektivität des Menschen einen Raum zu geben, stattdessen dem Projekt der kulturellen Moderne (des Westens) das Projekt eines islamischen Universalismus entgegenzustellen. Mit dem Hinweis, daß dieses Projekt des Islamischen Fundamentalismus nicht bloß „Rhetorik militanter Aktivisten” ist, vielmehr die „unter Muslimen in unserer Zeit vorherrschende Denkweise” (ebd. 74), macht Tibi auf die Gefahr aufmerksam, was das für eine (neue) Weltordnung bedeuten kann. Hinzu kommt, daß sich seit den beiden Golfkriegen der politische Islam im arabischen Teil des Nahen Ostens mit dem Arabismus verbunden hat und die arabischen Nationalisten mit der neuen Formel „islamisch-arabischer Nationalstaat” operieren – ein Widerspruch in sich (vgl. Tibi 1992b, 225).

Weil es für Tibi darauf ankommt, „die Vielfalt der Welt durch eine universale, an der Aufklärung orientierte, pluralistische Wertethik zu legitimieren, also *Einheit in der Vielfalt* zu schaffen”, ist für ihn für jedwede Ideologie des Universalismus kein Platz. Denn, sowohl der „American way of life” als auch der „universelle Islam” pochen auf die Allgemeingültigkeit eines Modells für die gesamte Menschheit, erklären sozusagen all den anderen, die dieses Modell nicht akzeptieren den Krieg (ebd. 18f.)⁴².

(3f) Bei einer solch starken Betonung endogener Faktoren stellt sich die Frage nach einer Unterbestimmung exogener fast von selbst. Tibi stellt das Ringen um soziokulturelle Hegemonie und politische Macht (beides als Kulturkampf, der verbissen geführt wird) ausführlich dar, auch als defensive Reaktion auf die westliche Penetration. Die direkten und indirekten politökonomischen

⁴² Tibi (ebd.) scheint es geboten, „zwischen Universalität und Universalismus zu unterscheiden. (...) Demokratie, Menschenrechte, nationalstaatliche Souveränität sowie Pluralismus, Säkularität und religiöse Toleranz sind universelle Werte, wenngleich sie eine europäische, in der kulturellen Moderne begündete Herkunft haben.” Sie gelten als Voraussetzung für eine friedliche Weltgesellschaft. „Im Gegensatz zu einer solchermaßen definierten, Vielfalt zulassenden Universalität pocht die Ideologie des Universalismus auf die Allgemeingültigkeit eines Modells”

Machtansprüche des Westens am und im Nahen Osten (besonders in der jüngsten Vergangenheit und heute) bleiben bei Tibi allerdings nur angedeutet,⁴³ auch wenn er (siehe 3b) von der bestehenden strukturellen Abhängigkeit des arabisch-islamischen Orients vom Westen spricht. Der Westen tritt bei ihm vornehmlich als kulturelles Projekt (der Moderne: Menschenrechte, Säkularität, Autonomie/ Subjektivität) auf und erschüttert die orientalische kulturelle Identität. Für Tibi bedeutet dies: Der arabisch-islamische Orient steht vor der Notwendigkeit, positiv ausgedrückt: hat die Chance, eine neue authentische kulturelle Identität zu finden, ohne daß dies zu einer Regression in 'alte' oder 'neue Mythen' führen muß bzw. darf. Es muß die Herausforderung der kulturellen Moderne angenommen werden, ein Wille dazu da sein. Die Frage ist aber, welche Formen der Herausforderungsannahme eine Gesellschaft / Kultur entwickeln kann, deren alte Strukturen (politische, ökonomische und soziokulturelle, wozu auch spezielle Formen der kognitiven Vergesellschaftung gehören) durch eine Internationalisierung des Kapitalismus in synkretistische (vermischte, uneinheitliche, strukturell heterogene) verwandelt worden sind. Tibi ist da selbst wenig optimistisch. Das zeigt seine ständige Betonung, ja Beschwörung der islamisch-fundamentalistischen Gefahr und inwieweit die 'muslimischen Massen' davon infiltriert seien.⁴⁴ Wobei die Frage ist, ob beides nicht deshalb von Tibi maßlos übertrieben wird, weil er – trotz seiner angeblich fleißigen Feldforschung, wie er immer betont – das eigentliche geschichtlich konkrete Subjekt, die Menschen mit ihren Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Interessen(gruppen) zugunsten des 'Kulturellen' vernachlässigt.

So erscheinen die arabischen Gesellschaften bei Tibi, trotz seiner Beschreibung des Kulturkampfes, merkwürdig homogen bzw. verfestigt, nicht sozio-ökonomisch als strukturell heterogene. Bei Tibi fehlt, gerade weil er über Ursachen, Umfang und Wirkungsweise des arabisch-islamischen Fundamentalismus schreibt, eine genauere soziokulturelle und ökonomische (wenigstens) Beschreibung der Entwicklung in den einzelnen arabischen Nationalstaaten. Es reicht einfach nicht aus, daß er auf seine eigene Frage: „Ist der Westen schuld an diesem Elend im Dar-al-Islam (Haus des Islam)?“ am Beispiel von Algerien lediglich auf dessen Bevölkerungsexplosion und falsch konzipiertes Industrialisierungsprogramm verweist, die strukturelle Abhängigkeit des Landes vom Westen (besonders von Frankreich) aber ausklammert.

Die zunehmende Reislamisierung, der Erfolg des Islamischen Fundamentalismus bei den Bevölkerungsmassen, kann sicher nicht auf eine bloß kulturelle Reaktion auf den sozialen Wandel reduziert werden. Der Islamische Fundamentalismus ist gerade für große Teile der marginalisierten Bevölkerung des arabisch-islamischen Orients deshalb so attraktiv, weil er eine 'gerechte Islamische Ordnung'

⁴³ Im Gegensatz zu diversen Autoren (Massarat, Altvater etc.), die – im Rahmen ihrer nicht-'bellizistischen' Beiträge zur Golfkriegsdebatte – feshalten, daß der Westen im Nahen Osten kaum eigenständige Entwicklungen zuläßt und sein Interesse auf/in dieser Region präzise thematisieren.

⁴⁴ Andere Autoren sehen das anders. Bezogen auf den Golfkrieg schreibt z.B. Diner, daß sich die arabischen Massen angesichts der Bedrohung der regionalen Stabilität interessengeleitet verhalten und sich nicht im Gegensatz zu ihren Regierungen (z.B. der ägyptischen, syrischen) befunden hätten (81, 83). „Die Araber handelten (vor und während des Golfkrieges) ... nicht monolithisch. (...) Der Automatismus ethnischer Solidarität als vormodernes Loyalitätsphänomen wurde damit ... durchbrochen. (...) Im Sinne eines Wandels kollektiver Bewußtseinslagen ... eignet dem Vorgang emanzipative Kraft. So mag es durchaus sein, daß der Golfkrieg ... eine neue Aufklärung anstößt. (...) Vielleicht steht eine Veränderung des politischen Bewußtseins an“ Diner verweist auf eine jüngst in Kairo stattfindende Konferenz, wo einer der Teilnehmer den Wunsch formulierte, die Araber möchten sich endlich vom falschen Bild ihrer selbst befreien (99f.). – Vgl. auch Mernissi (1992, S. 25f.), die vom Wunsch der arabischen Massen nach Demokratie während des Golfkrieges spricht.

verspricht und, im Rahmen seiner dualistischen Wahrnehmung, die herrschenden Eliten nicht ganz ohne Recht der westlichen Welt zurechnet.⁴⁵

4 Wovon die Chancen einer „kulturellen Bewältigung der Aneignung der Moderne“ bzw. der Demokratie in Nahost vordringlich abhängen

Andere arabisch-orientalische Autoren, die nun gerade auch nicht geschichtliche Prozesse auf Biegen und Brechen immer auf ökonomische Entwicklungen zurückführen, die aber einerseits exogene Faktoren als Ursachen der Krise im arabisch-islamischen Orient stärker betonen und andererseits die Lebenswirklichkeit der Alltagssubjekte nicht aus dem Blick verlieren, setzen doch andere, hinsichtlich der Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse auch optimistischere Akzente.

(4a) Die Petro-Oligarchien in Nahost folgen in ihrer doppelten Funktion – zum einen als Ölproduzenten der Golfregion und zum anderen als Kapitaleigner in den westlichen Industrieländern – „eher der Logik der ölverbrauchenden Ökonomien westlicher Industriestaaten, die bestrebt sind, alle Kostenfaktoren, insbesondere bei importierten Produktionsverfahren, möglichst niedrig zu halten, als den ökonomischen Rationalitätskriterien der Ölproduktion“. Diese „parasitären Petro-Oligarchien“ sind in der Tat in ihrer ökonomischen Funktion „integraler Bestandteil der ölverbrauchenden Industrieländer des Nordens und mißbrauchen ihre historischen und kulturellen Bedingungen mit der Golfregion im Interesse des Nordens und gegen die Interessen der Völker dieser Region.“ Die Golfregion ist für den gebürtigen Iraner Massarrat, der hier zitiert wird, ein klassisches Beispiel für die Ausplünderung des Südens und der Natur durch den Norden. „Ein derart zerstörerisches und auf Ungleichheit zwischen Nord und Süd beruhendes System“, so der Autor weiter, „... ist wahrlich kein stabiles System, das auf Dauer Bestand haben kann.“ Vielmehr fordert es, mit Ausnahme der Israelis, die Völker des Nahen Ostens heraus, aufzubegehren, das ungleiche Verhältnis zu beseitigen. Die Voraussetzungen dafür sind laut Massarrat längst gegeben: „Hier vollziehen sich umfassende soziale und politische Umwälzungen, die in sozialen Differenzierungen, in der Herausbildung mittelständischer und bürgerlicher Schichten, in der Entstehung einer Elite von qualifizierten Fachkräften, die die Wissenslücke der archaischen Machthaber kompensierten, und in politischen Bewegungen zum Ausdruck kommen, die nicht länger bereit waren und sind, das immer noch vorherrschende System der latenten Übervorteilung des Nordens hinzunehmen.“

(4b) So lange der Westen nicht lernt und begreift, „daß auch die volle Souveränität der Eigentümer von Naturressourcen im Süden nicht das Ende der Weltwirtschaft bedeutet“, wird der politische Islam jene Ideologie und einigende Kraft sein, „die den Völkern dieser Region des Südens hilft, den Verteilungskampf zu führen und wider den neokolonialistischen und manchesterkapitalistischen Geist der Industriestaaten des Nordens die volle Souveränität zu erlangen. (...) Die Überwindung der dirigistisch manipulierten Preise, der freie (wirklich freie statt wirtschaftspolitisch und militärisch behinderte) Austausch von Waren und Dienstleistungen, die Schonung von natürlichen Ressourcen, allesamt Folgen einer Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Golfregion, sind dies nicht Postulate, mit denen Politiker verschiedener Schattierungen in den westlichen Staaten mittlerweile von einem Wahlkampf zu nächsten ziehen? (ebd.)“

⁴⁵ Vgl. Ibrahim, Ferhad: Vom Panarabismus zum islamistischen Fundamentalismus. Zur Krise der politischen Systeme des Nahen Ostens. In Prokla 88, 3'92, S. 493f, 496.

(4c) Mittel- und langfristig besteht für die Golfregion laut Massarrat die „durchaus realistische Alternative einer um den Nahen Osten erweiterten Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft, die ihre Wirtschaftsbeziehungen mit westlichen Staaten auf der Basis von gleichwertigen Handelspartnern neu ordnet, die die Ölrressourcen im eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Menschheit verantwortungsbewußt ausbeutet, die die Öleinnahmen für umfassende soziale und ökonomische Reformen in der gesamten Region verwendet, die Süd-Süd-Beziehungen intensiviert und in den besonders benachteiligten Ländern des Südens beispielhafte Entwicklungsprojekte finanziert. In einer solchen Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft kann Israel einen wichtigen Platz einnehmen, wird es für die Petro-Oligarchien und kostspieligen Militärapparate keinen Platz mehr geben, werden sich Voraussetzungen für die Demokratisierung der totalitären Staaten der Region für mehr Toleranz und für Autonomie von ethnischen und religiösen Minderheiten erheblich verbessern.“ Mit anderen Worten: Auch der IF wäre nicht mehr die Alternative schlechthin für die arabisch-islamischen Volksmassen, die „kulturelle Bewältigung der Aneignung der Moderne“ (Tibi) hätte so erst ihre notwendige Voraussetzung gefunden.

Allerdings müssen die westlichen Staaten bereit sein, einen deutlich höheren Ölpreis zu akzeptieren, jegliche Waffenlieferungen zu stoppen, die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts ihrerseits zu betreiben und alle Versuche für die Entmilitarisierung der Gesellschaften und für gemeinschaftliche Konfliktschlichtungsorgane unterstützen bzw. solche Initiativen anregen.

(4d) Der auch von Tibi zitierte (und als ‘Ketzer von Damaskus’ bekannt gewordene) Al-Azm⁴⁶ betont in einem Interview (1991 mit Lüders), daß im arabischen Orient allgemein der Eindruck entsteht, „daß arabische Ressourcen und Bodenschätze, insbesondere das Erdöl, nicht von Arabern kontrolliert werden, sondern vom Westen. Und dieses Gefühl ist mit dem Ende des Golfkrieges wahrhaft nicht geringer geworden. Wenn die westliche Vorherrschaft über die arabische Welt – in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht – sich fortsetzt, ist die nächste Explosion nur eine Frage der Zeit.“ Auf die Frage, welche Zukunft vor diesem Hintergrund die Demokratie im Nahen Osten hat, antwortet er: „Was wurde nicht von Demokratie und Menschenrechte geredet, als es gegen S. Hussein ging. Nichts als Rhetorik, die sich jetzt in Luft auflöst, um historisch überlebte Autokraten und Monarchen zu stützen Ich sehe wenig Chancen für die Demokratie im Nahen Osten, solange die Amerikaner ihre Politik nicht revidieren.“

(4e) Zum F führt Al-Azm aus: Er ist „in der Praxis oft erstaunlich pragmatisch. (...) Womit befaßt sich der Planungsminister in Teheran ...? Mit Wirtschaftsplanung, mit moderner Technik, mit Management, mit Wachstumsquoten. Die islamische Rhetorik ist das eine, die westlich geprägte Realität ein anderes. (...) Die F werden sich damit abfinden müssen, daß Religion eine Frage der inneren Beziehung zu Gott ist, im weiteren Sinn der gesellschaftlichen Sinnstiftung, aber nicht eine Frage der politischen Praxis, der staatlichen Ordnung. Das hat die Kirche in Europa lernen müssen, und das wird man auch bei uns lernen. (...) Man kann aus der Geschichte nicht aussteigen, die Macht des Faktischen ist viel zu evident, als daß die Frage zu diskutieren wäre, wie man der Verwestlichung entgegen könne. Das wissen auch die Mullahs und die Ayatollahs, die, wo sie die Macht haben, im Grunde dabei sind, ein kleines Europa zu reproduzieren. Das Problem ist, daß der Westen diese Entwicklung nicht unterstützt. Für den Westen ist die arabische, ist die islamische Welt ein Rohstoff- und

⁴⁶ S. G. Al-Azm hat 1969 ein Buch mit dem Titel „Kritik des religiösen Diskurses“ in Beirut herausgebracht und damit beträchtliche Unruhe nicht nur unter den arabischen Intellektuellen ausgelöst. Sein Namenszusatz stammt schon aus dieser Zeit. Wie viele kritische orientalische Schriftsteller und Wissenschaftlicher ist er mehrfach von radikalen Islamisten an Leib und Leben bedroht worden. Der Fall S. Rushdie ist nur insofern eine Ausnahme, als er ein muslimischer Einwanderer in Großbritannien ist.

Absatzmarkt für fragwürdige Konsumgüter, die sich bei uns ohnehin nur eine kleine, fragwürdige Elite leisten kann – und das wiederum ist eine klare Angriffsfläche für die F.”

5 „Den Verstand entschleiern”

Reflexive Koranlektüre

(5a) „Der Fundamentalismus wurde in Ägypten zur gleichen Zeit wie der Feminismus geboren, die beiden haben nicht aufgehört, zusammen zu reisen. Das Problem ist, daß die Fundamentalisten Zugang zu den Ölquellen haben und zum internationalen Kartell, wo hingegen die Frauen allein kämpfen, ohne Schutz, auch ohne göttlichen. Der *Erdölaspekt* darf beim Fundamentalismus nie übersehen werden.” So die ägyptische Feministin und Ärztin N. El Saadawie.⁴⁷ Ihre Mitstreiterin F. Mernissi, marokkanische Soziologin, in einem Harem aufgewachsen, ergänzt: „Was die Saudis (reiches Ölexportland) sich aussuchten, war nur der despotische Islam, den finanzieren sie. (...) Wir haben den Fundamentalismus so lange, wie wir eine so hohe Arbeitslosigkeit haben und so viele, die von guten Schulen ausgeschlossen sind.” Ähnlich El Saadawie: „Sie impfen sie (die Frauen) mit fundamentalistischen Ideen, es ist buchstäblich Gehirnwäsche. Die Armut wird also ausgenutzt, um sie kulturell und religiös zu beeinflussen und ihnen die Menschenrechte vorzuenthalten.” Die Frauen im arabisch-islamischen Orient, so die Feministin weiter, sind zweitrangig nach der Geburt, werden zur Heirat mit einem ungeliebten Mann gezwungen und in der Ehe mit ihrer unerfüllten Sexualität unterdrückt. Zum Schluß bleibt nur der „Rückblick auf ein ungelebtes Leben”. Darum kann die Forderung nur sein: „Den Verstand entschleiern Mädchen und nichts für selbstverständlich halten!”

Die ursprüngliche Ordnung, die traditionelle Trennung der Geschlechter, die Aufteilung des sozialen Raumes (der Mann in der Öffentlichkeit, die Frau im Haus) war ursprünglich als Schutz und nicht als Ausgrenzung gedacht. Aber, so Mernissi, „die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Lebensentwürfe, die Leitbilder.” Immer mehr Frauen arbeiten außer Haus. Diesen traditionellen Raum haben die Frauen verlassen, ohne allerdings Rechte und Gesetz auf ihrer Seite zu haben. Der Schleier, der die Frauen und Männer voneinander trennt, ist noch immer vorhanden, ein Symbol der Ausgrenzung, und „natürlich ist (er) immer politisch”.

(5b) Es gibt aber „im Islam keine Möglichkeit, den Text selbst zu hinterfragen; *textkritischer Umgang* und *reflexive Lektüre* gelten bereits als Häresie,” schreibt Tibi (vgl. hier 3 a). Genau das aber praktiziert z.B. Mernissi (1989) in ihrem Buch „Der politische Harem — Mohammed und die Frauen”, wo sie der Frage nachgeht, wie sich der Hijab (Schleier) über Medina senkte.⁴⁸ Sie schreibt: „Die weiblichen Muslime wurden künftig durch einen Hijab in zwei Kategorien gespalten: die freien Frauen, gegen die Gewaltanwendung untersagt war, und die Sklavinnen, bei denen das Ta’arrud (wörtlich: ‘sich einer Frau in den Weg stellen und sie zur Unzucht auffordern’) erlaubt war.” Mit der Logik des Hijab trat – während der militärischen Krise Medinas der Jahre 5 bis 7 islamischer Zeitrechnung – wieder die „Gewalt des Stammes an die Stelle der Vernunft der Gläubigen”. Das „muslimische Ideal vom vernunftbegabten Menschen, der sich selbst kontrolliert”, wurde zugunsten der Kontrollinstanz des Stammes aufgegeben. Die Lösung des Hijab-Vorhangs (die Frauen generell von der Öffentlichkeit auszuschließen), „die darin bestand, die Frauen zu verstecken, statt Einstellungen zu ändern, sollte die Bedeutung des Islam als Zivilisation, als Möglichkeit der Reflexion

⁴⁷ Im tv-Dokumentarfilm „Der wahre Schleier ist das Schweigen – Arabische Frauen melden sich zu Wort” (3’92)

⁴⁸ Koran, Sure 33, Vers 59: „Sage Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand über ihr Antlitz ziehen sollen, wenn sie ausgehen; so ist es schicklich, damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige.”

über den einzelnen und seine Rolle in der Gesellschaft verdunkeln – eine Reflexion, die aus den Anfängen von Dar al-Islam (die Erde des Islam) ein bahnbrechendes Experiment hinsichtlich der Freiheit des Individuums und der Demokratie gemacht hat. Dann aber kam der Hijab auf Medina herab und hat der Erinnerung den Antrieb der Freiheit genommen. Fünfzehn Jahrhunderte später sollte paradoxerweise die koloniale Gewaltherrschaft die muslimischen Staaten dazu zwingen, das Kapitel über die Rechte des Individuums und der Frau neu aufzuschlagen. Es ist keine Diskussion über die Demokratie denkbar, die sich nicht auf die Frau bezieht und jenes lächerliche Stückchen Stoff aus festem Musselin, das die Integristen heutzutage zum Wesen der muslimischen Identität machen wollen” (Mernissi ebd., S. 248 – 252).

Mernissi schlägt also vor, und praktiziert es selbst auch, den Koran (und zwar nicht nur die Verse über die Frauen) neu zu lesen, und dabei Erläuterungen zum Kontext und eine Analyse der Vergangenheit heranzuziehen. Dem Skripturalismus des IF wird ein textkritischer kontextbezogener Umgang, eine reflexive Lektüre entgegengestellt; wobei Mernissi damit keineswegs allein steht.⁴⁹ So schreibt Abu Zaid in seiner „Kritik des religiösen Diskurses“, daß dieser darauf insistiere, alle Themen beharrlich in den „Grenzen des *Textsinns*“ zu behandeln und damit „den *Gehalt*“ zerstöre. Somit verurteile der religiös fundamentalistische Diskurs „die Geschichte zum Stillstand und die Bedeutung der Texte zur Erstarrung“ (ebd. 188). Um zu verdeutlichen, was dieses konkret bedeutet, sei Abu Zaid ausführlich zitiert (Aufzeichnung eines Gesprächs mit Navid Kermani, ebd.. 197 ff.):

Der Koran entstand innerhalb von 21 Jahren, ist also eine „aufgeteilte Rede“, „nicht eine von vornherein fertige. Es gibt die ‘Wissenschaft der Anlässe der Offenbarung’, und wir wissen, daß die Verse situationsbedingt offenbart wurden, und nicht gleich als Ganzes. Damit war von vornherein eine direkte, dialektische Beziehung zwischen dem Text und der Wirklichkeit gegeben. Es gibt das Phänomen der ... Änderung von Urteilen ... im Koran selbst. Weshalb wurden Urteile verändert? Weil die Realität sich so entwickelte, daß sie ein neues Urteil benötigte. Wenn also der Text selbst imstande war, sein Urteil zu ändern gemäß der veränderten Wirklichkeit, so müssen wir den Koran auch dementsprechend lesen, gemäß den Anforderungen der Realität. (...)

Wir können sagen, daß es einen Unterschied zwischen Bedeutung ... und Sinn ... gibt. Die Bedeutung ist geschichtlich. Zum Beispiel in der Angelegenheit der Frau: der Koran gesteht der Frau in vielen Fällen halb so viel Wert zu wie dem Mann, im Erbrecht, im Zeugenstand. Diese Urteile waren damals progressiv. Warum? Weil die Frau in jener Epoche eine Null war. Sie hatte keinerlei Recht. Der Hinweis darauf: als die Verse über das Erbe offenbart wurden, lehnten dies manche Muslime ab. Warum? Sie fragten, wie kann jemand etwas erben, der kein Schwert trägt, auf keinem Pferd reitet und keinen Feind bekämpft? Mit anderen Worten: die ersten Muslime weigerten sich, den Frauen einen Teil des Erbes zu geben, indem sie sich darauf beriefen, daß sie ein nicht-produktives Wesen sei. Der Standpunkt des Islam zu jener Zeit war also ein progressiver Standpunkt. Heute, wenn man interpretieren möchte und wenn man sagt, die Frau wurde zu einem produktiven Wesen, und wenn der Koran ihr die Hälfte zugesteht, vor 15 Jahrhunderten; wenn ich ihr heute das gleiche zugestehe, bin ich dann mit dem Koran oder gegen ihn? Diese Interpretation baut darauf auf, daß die Bedeutung geschichtlich ist. Aber diese Bedeutung hat einen Sinn, den ich durch den Analogieschluß ... in der Bewegung des Textes im Verhältnis zur Realität entdecke. Ich glaube nicht, daß ich damit den Rahmen des Textsinnes verlasse. (...)

Ist der Koran ein umfassender Bezugsrahmen in allen Details? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir unseren Blick wieder auf den Koran richten. Warum? Weil die ersten Muslime

⁴⁹ Vgl. z.B. den 1959 erschienenen Roman des heutigen Literaturnobelpreisträgers Nagib Machfus „Die Kinder unseres Viertels”

Muhammed zu fragen pflegten, wenn er eine Meinung vertrat, ob das eine Offenbarung oder seine Meinung sei? Das heißt: Ist die Meinung, die du uns sagst, göttliches Wissen oder lediglich Interpretation? Das bedeutet, daß die ersten Muslime unterschieden zwischen dem, was als Offenbarung herabgesandt wurde und dem, was eine Angelegenheit der selbständigen Einsicht ... ist. Also gibt es einen Bereich außerhalb des Rahmens der Offenbarung. Es ist der Bereich der menschlichen Erfahrung, der Bereich der menschlichen Vernunft.

Heute neigt der theologische Diskurs zur Abschaffung dieser Distanz zwischen Offenbarung und der menschlichen Erfahrung.“

6 Die ewigen Wahrheiten der dominanten westlichen Ideologie

Weltweite Homogenisierung nach dem Kapitalismus in seinem westlichen Modell?

(6a) Im Rahmen von „Ansätzen zu einer nicht-eurozentrierten Kulturtheorie“ zeichnet Amin kritisch nach, was vom früheren Kosmopolitismus der Aufklärung in der dominanten Ideologie im industriekapitalistischen Westen seines Erachtens übriggeblieben ist.⁵⁰ Mit ihren realen historischen Grenzen und internen Widersprüchen konfrontiert, scheint die herrschende Ideologie es sich schuldig zu sein, sich als auf „ewige Wahrheiten“ gegründete, mit einem Epochen übergreifenden Anspruch darstellen zu müssen. Demgemäß erfüllt die herrschende Ideologie drei komplementäre Funktionen: „*Erstens* verdunkelt sie das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise. In der Tat transformiert sie Prozesse der Bewußtwerdung ökonomischer Entfremdung, auf welcher die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft beruht, in einen sich überhistorisch gebärdenden Diskurs der instrumentellen Rationalität. *Zweitens* deformiert sie die Vision von der Entstehung des Kapitalismus, indem sie sich weigert, allgemeine Evolutionsgesetze der menschlichen Gesellschaft in Rechnung zu stellen – um sie dann aber durch ein doppeltes mythisches Konstrukt zu ersetzen. Einerseits werden die Besonderheiten der sogenannten europäischen Geschichte unterstrichen, andererseits erscheinen die entgegengesetzten Besonderheiten der Geschichte anderer Segmente der Menschheit nur noch als Kontrast zur europäischen Geschichte. Auf diese Weise kommt die Betrachtungsweise zu dem Schluß, daß das Wunder des Kapitalismus nur in Europa geschehen konnte. *Drittens* weigert sie sich, die fundamentalen Merkmale des real existierenden Kapitalismus (d.h. die in ihr immanente Polarisierung zwischen Zentrum und Peripherie) mit dem Prozeß der Reproduktion des Systems auf weltweiter Ebene zu verknüpfen. Durch die Weigerung, die gesamte Welt als Analyseeinheit zu akzeptieren, entzieht sie sich diesem Problem. Dies erlaubt ihr, die Ungleichheiten zwischen den Nationen in dieser Welt ausschließlich ‘internen’ Faktoren zuzuschreiben. Sie festigt somit ihre Vorurteile, die sie gegenüber den die verschiedenen Völker charakterisierenden überhistorischen Eigenschaften hegt. Die dominante Ideologie legitimiert auf diese Weise den Kapitalismus als soziales System und gleichzeitig die ihn begleitende Ungleich-

⁵⁰ Ein anderer Schwerpunkt des Aufsatzes von Amin ist sein Abschnitt über die „Herausbildung des europäischen Kulturverständnisses“ (103 ff.). Um nur einige Stichworte zu nennen, auch weil Amin z.T. andere Akzente als Tibi setzt:

„Der Mythos vom griechischen Vorfahren erfüllte für das euro-zentrische Konstrukt eine wesentliche Funktion. (...) In diesem Mythos erscheint Griechenland als die Mutter der rationalen Philosophie, während der ‘Orient’ dementsprechend nie über das Stadium der Metaphysik hinausgekommen sei. (...) Die arabisch-islamische Philosophie wird so behandelt, als ob sie keine andere Funktion gehabt habe, denn die Übermittlung des griechischen Erbes an die Renaissance. Gemäß dieser dominierenden Sichtweise ist der Islam im übrigen nicht oder, wenn er es dann versucht habe, nur ungenügend über das hellenistische Erbe hinausgegangen. (...) Das in Frage stehende Christentum, durch welches sich (Europa) definiert, ist wie der Hellenismus und der Islam in seinem Ursprung östlich. Der Westen hat es sich aber angeeignet und zwar so stark, daß in der volkstümlichen Vorstellungswelt die Heilige Familie blond ist Gleichzeitig entsprach einer westlich zentrierten Weltsicht notwendigerweise ein imaginärer Orient; der Orientalismus ist das ideologische Konstrukt eines mythischen ‘Orients’, dessen Merkmale als unveränderlich angenommen und lediglich im Gegensatz zu dem ‘Westen’ zugeordneten Merkmalen definiert werden. Dieser ‘umgekehrte’ Mythos bildet ein wesentliches Element des Eurozentrismus.“

heit auf weltweiter Ebene” (102).

(6b) Entgegen der ursprünglich universalistischen Ambition der bürgerlichen Kultur der Aufklärung, so Amin weiter, gelangte die vom Kapitalismus hervorgebrachte Gesellschaftstheorie nach und nach zu dem Schluß, „die Geschichte Europas wäre außergewöhnlich. Dies ist nicht so zu verstehen, als ob sich hier die moderne Welt (sprich Kapitalismus) gebildet habe (was eine nicht zu bestreitende Tatsache ist), sondern daß sie nirgendwo sonst habe entstehen können. Entsprechend dieser Annahme wird der Kapitalismus in seinem westlichen Modell als überlegender Prototyp für jede Sozialorganisation reklamiert, der in den anderen Gesellschaften, die nicht so glücklich waren, ihn hervorbringen, reproduziert werden könne. Die Bedingung hierfür ist allerdings, daß sich diese Gesellschaften der Fesseln ihrer eigenen kulturellen Besonderheiten entledigen, die für ihr Zurückbleiben verantwortlich sein.

Die in Frage stehende dominante Ideologie bietet demnach nicht nur eine Weltsicht an, sondern auch ein *politisches Projekt* auf weltweiter Ebene: das *der Homogenisierung durch Imitation und Anpassung*. Doch dieses Projekt ist völlig unmöglich. Wird diese Unmöglichkeit nicht schon mit der allgemein verbreiteten Meinung eingestanden, daß eine Ausdehnung der Lebens- und Konsumtionsweise des Westens auf die 5 Milliarden Menschen unseres Planeten an absolute – unter anderem ökologische – Hindernisse stoßen würde? Was bringt es also ‘macht’s wie wir’ zu sagen, wenn vorher bereits klar ist, daß dies sowieso gar nicht geht” (107 f.; Hervorhebg. M.O.)!

(6b) Daß dieses Projekt der weltweiten Homogenisierung nach eurometropolitanem Muster unmöglich ist, löst im Westen entweder Ratlosigkeit aus und/oder zeigt sich in Konstrukten wie einer ‘Festung Europa’, ganze Teile der sogenannten ‘III. bzw. IV. Welt’ sich selbst zu überlassen bzw. in ‘Treuhand-schaft’ mit ‘humanitären Eingreiftruppen’ zu nehmen, ‘Weltpolizei’ etc. Die Notwendigkeit einer Herausbildung von Formen internationaler Konfliktregelung ‘von unten’ sowie damit einhergehend die Überwindung des Nationalstaates, wird zwar von manchen schon als neue Herausforderung der Inter-Nationalismus thematisiert und gefordert, von der „Verwirklichung eines Wunschtraumes solchen Zuschnitts sind wir in der Stimmungslage nach dem zweiten Golfkrieg (und zunehmendem Nationalismus, Rassismus und Ethnozentrismus in Europa selbst, könnte man hinzufügen) gewiß weit entfernt” (Melber 1992, 123).

7 *Kultur-differentialistische Meisterschaft*

Zum Schluß dieses Teiles C soll noch kurz auf das Islam-Bild eines deutschen Meisters seines Faches, der das Stereotyp vom fanatischen Muslim zu zelebrieren und quasi letztinstanzlich alles durch kulturelle Gegensätze zu erklären weiß, eingegangen werden: auf den Kulturalisten Peter Scholl-Latour. Dieser hat, weil ihm die auflagenstärksten bundesrepublikanischen Printmedien als auch die privaten und öffentlichen Rundfunk-Fernsehenanstalten ständig zur Verfügung stehen, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf Vorstellungen, die sich die hiesige (auch politische) Öffentlichkeit vom arabisch-islamischen Orient macht.

Bei ihm sind die Menschen „Geschöpfe und Gefangene ihrer jeweiligen Kultur”, die „zutiefst” ihre Mentalität prägt. „Kulturen erscheinen als relativ homogene Gebilde mit einheitlichen Wesenszügen.

Sie sind deshalb auch ... unvereinbar miteinander. Der Gegensatz der Kulturen wird zur Triebkraft des geschichtlichen Prozesses. Diese geschichtsmächtigen Wesenheiten verschaffen sich immer wieder, auch wenn sie zeitweise geschlummert haben mögen wie der Islam, ihr historisches Recht, und zwar 'unerbittlich' – ein Lieblingswort Scholl-Latours, wie „zwingend“ (Auernheimer 1992, 191).⁵¹

Die Unmöglichkeit kultureller Koexistenz verdeutlicht Scholl-Latour am Beispiel des aktuellen Nahost-Konfliktes. Eine Lösung des Konfliktes um das Heilige Land erscheint ihm „kaum vorstellbar“, es gibt dort „keine tragfähigen Kompromisse“. „Insofern ist Gewalt legitim, Aufrüstung geboten, der vernichtende Erstschatz kein Tabu, wenn man nicht passiv der Dinge harren will, die da kommen ...“ (ebd. 192).⁵²

Scholl-Latour versorgt große Teile der deutschen Konservativen als auch die Rechtsextremen mit Argumenten, die von diesen zum Aufbau und zur Stützung ihrer kulturdifferentiell-neorassistischen Positionen genutzt, oder spezieller: die von diesen für ihre Kritik an den orientalistischen Gesellschaften instrumentalisiert werden. Schulze (1991, 250) stellt berechtigterweise fest: „Die Bilder gleichen sich. Die westliche Kritik an orientalischen Gesellschaften ist fast deckungsgleich mit der orientalischen Kritik ('Anti-Okzidentalismus') an den westlichen Gesellschaften.“

Literatur zu IV. 4

ABU ZAID, Nasr Hamid 1996: Islam und Politik. Kritik des religiösen Diskurses. Ffm.

AL-AZM, Sadiq Galal 1991: Ein Gespräch mit Michael Lüders über „Die notwendige Säkularisierung der arabischen Welt“. Der Kulturkampf gegen die Fundamentalisten wurde versäumt
In: *FR* 6.4.91, S. ZB 3

AMIN, Samir 1989: Ansätze zu einer nicht-eurozentrischen Kulturtheorie
In: *PROKLA* 75, '89, S. 97-108

AUERNHEIMER, Georg 1992: Universelle Rechtsansprüche und kulturelle Differenz
In: *DAS ARGUMENT* 195, 9/10'92, S. 665-674

DINER, Dan 1991: Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt. Berlin

MASSARRAT, Mohssen 1992: (?)

MELBER, Henning 1992: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. Ffm.

MERNISSI, Fatema 1989: Der politische Harem. Mohammed und die Frauen. Ffm.

MERNISSI, Fatema 1991: Die Sultanin. Die Macht der Frauen in der Welt des Islam. Ffm.

SCHULZE, Reinhard 1991: Alte und neue Feindbilder. Das Bild der arabischen Welt und des Islams im Westen

In: Stein, Georg (Hg.) 1991: Nachgedanken zum Golfkrieg. Heidelberg, S. 244-259

⁵¹ Auernheimer bezieht sich in seinem Aufsatz ausschließlich auf Scholl-Latours Buch: *Das Schwert des Islam*. München 1990, das lange Zeit auf der 'Spiegel'-Bestsellerliste den ersten Platz einnahm. Vgl. auch die gleichnamige vierteilige tv-Serie mit dem Zusatztitel „Revolution im Namen Allahs“.

⁵² Mit S. Huntingtons Bestseller „Kampf [besser: clash] der Kulturen“, wonach militärische Auseinandersetzungen in unserem Nach-dem-Kalten-Krieg-Zeitalter durch Konflikte zwischen Kultur- und Zivilisationsblöcken entstehen, hat Scholl-Latour allerdings seit Mitte der 90er Jahre auf dem deutschen Meinungsmarkt Konkurrenz bekommen. Vgl. hierzu meine Anmerkungen (1997, 52 f.) in: *Zehn Jahre Türkeiiseprojekte*.

TAGUIEFF, Pierre-André 1991: Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus
In: Bielefeld, Uli (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt. Hamburg, S.
221-268

TIBI, Bassam 1992 a: Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie. Ffm.
TIBI, Bassam 1992 b: Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik.
München